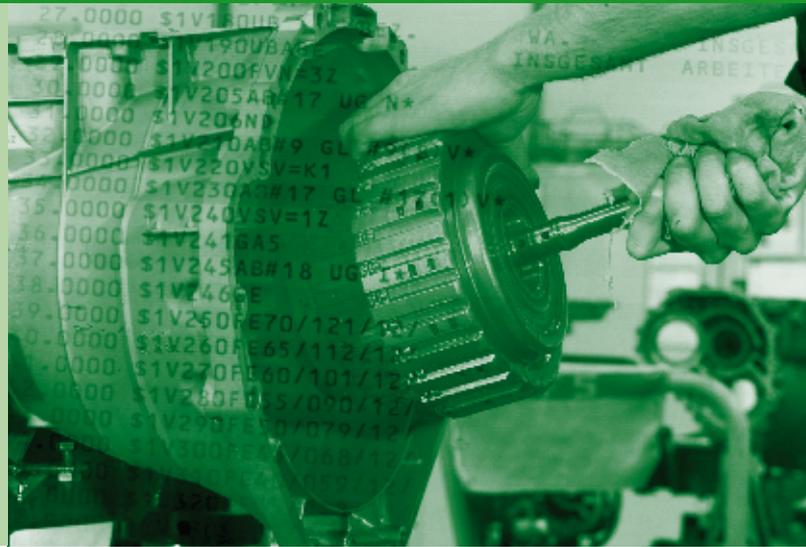


# Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder



Zusammenhänge, Bedeutung und Ergebnisse

Ausgabe 2013

– Ergebnisse der Revision 2011 –



# Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder



Zusammenhänge, Bedeutung und Ergebnisse

Ausgabe 2013

– Ergebnisse der Revision 2011 –

Herausgeber:

Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ im Auftrag der Statistischen Ämter der 16 Bundesländer, des Statistischen Bundesamtes und des Bürgeramtes, Statistik und Wahlen, Frankfurt a. M.

Herstellung und Redaktion:

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg  
Böblinger Straße 68  
70199 Stuttgart  
Telefon: 0711/641-0  
Fax: 0711/641-2440  
E-Mail: [poststelle@stala.bwl.de](mailto:poststelle@stala.bwl.de)  
Internet: [www.statistik-bw.de](http://www.statistik-bw.de)

Erscheinungsfolge: jährlich

Erschienen im Dezember 2013

Revisionsbedingt entfiel die Ausgabe 2012.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2012/Februar 2013

Preis: Kostenfrei unter [www.statistikportal.de](http://www.statistikportal.de) und [www.vgrdl.de](http://www.vgrdl.de)  
als Druckexemplar 6 EUR (Schutzgebühr)

Weitere fachliche Informationen zu den VGR der Länder erhalten Sie auf der Homepage des Arbeitskreises unter [www.vgrdl.de](http://www.vgrdl.de).

ISSN 1868-8101

Fotorechte (Cover):

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2013  
(im Auftrag der Herausbergemeinschaft)

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangaben gestattet.

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) stellen das umfassendste statistische Instrumentarium der Wirtschaftsbeobachtung dar. Um zentrale wirtschaftliche Indikatoren auch für die Länder sowie die kreisfreien Städte und Landkreise zu berechnen, wurde 1954 der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL) gegründet. Diesem Arbeitskreis gehören die Statistischen Ämter der 16 Bundesländer sowie das Statistische Bundesamt und das Bürgeramt, Statistik und Wahlen der Stadt Frankfurt am Main als Vertreter des Deutschen Städtetags an. Vorsitz und Federführung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ obliegen dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

Die Ergebnisse der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen liefern für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft unverzichtbare Informationen über das Wirtschaftswachstum, die Einkommenssituation, den Konsum und die Investitionstätigkeit auf regionaler Ebene, sowohl im nationalen als auch europäischen Kontext.

Die vorliegende, gemeinschaftlich erstellte Broschüre soll ein Einstieg in die Länderrechnung sein und die komplexen Zusammenhänge der Volkswirtschaft in anschaulicher und leicht verständlicher Weise darstellen. Im Mittelpunkt stehen neben der Darstellung der organisatorischen und methodischen Besonderheiten der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nähere Erläuterungen zu Bedeutung und Aussagegehalt der zentralen Indikatoren wie Bruttoinlandsprodukt, Verfügbares Einkommen und Konsum der privaten Haushalte sowie Bruttoanlageinvestitionen. Die grafischen Darstellungen aktueller Ergebnisse ermöglichen im regionalen Vergleich der Entwicklungen und Strukturen eine Positionsbestimmung der einzelnen Bundesländer. Tiefer gegliedertes Datenmaterial auf Länder- und Kreisebene bietet der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ in Form von gezippten Excel-Dateien unter [www.vgrdl.de](http://www.vgrdl.de) im kostenlosen Download an.

Ich würde mich freuen, wenn die vorliegende Broschüre zur Diskussion gesamtwirtschaftlicher Fragestellungen in ihrer regionalen Tragweite anregt und das Interesse an differenzierterem Datenmaterial weckt. Rückfragen können jederzeit an das Statistische Landesamt Baden-Württemberg sowie an jedes andere im Anschriftenverzeichnis aufgeführte Mitglied des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ gerichtet werden. Für Anregungen, Hinweise und Verbesserungsvorschläge ist der Arbeitskreis dankbar.

Stuttgart im Dezember 2013

Dr. Carmina Brenner  
Präsidentin des Statistischen Landesamtes  
Baden-Württemberg  
Vorsitzende des Arbeitskreises  
„Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

<b>Vorwort</b> .....	3
<b>Zeichenerklärung</b> .....	5
<b>Heftmitte: Verwaltungskarte Deutschland 2013</b>	
Information zur Revision 2011 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder .....	6
Aufgabenverteilung im Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ .....	7
Rückblick .....	8
Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ .....	10
Die regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Deutschland .....	11
Schematische Darstellung der Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen .....	13
Die Bedeutung der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft .....	14
Bruttoinlandsprodukt 2012 für Deutschland in Mrd. EUR (in jeweiligen Preisen) .....	17
Bruttoinlandsprodukt .....	18
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen (Arbeitsproduktivität) 2012 gegenüber 1991 nach Bundesländern (Karte) .....	19
Bruttowertschöpfung .....	20
Bruttowertschöpfung 2012 nach Bundesländern (Karte) .....	21
Arbeitnehmerentgelt .....	22
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Lohnkosten) 2012 gegenüber 1991 nach Bundesländern (Karte) ...	23
Bruttoanlageinvestitionen .....	24
Bruttoanlageinvestitionen zum Bruttoinlandsprodukt (Investitionsquote) 2010 nach Bundesländern (Karte) ..	25
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte .....	26
Verfügbares Einkommen je Einwohner 2011 gegenüber 1991 nach Bundesländern (Karte) .....	27
Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte .....	28
Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte 2011 nach Bundesländern (Karte) .....	29
Veröffentlichungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ 2012/2013 ..	30
Anschriftenverzeichnis der Mitglieder des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ .....	33
Wirtschaftszweiggliederung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach WZ 2008 .....	35

<b>Tabellenanhang</b> .....	37
1. Wirtschaftswachstum seit 1991 nach Bundesländern .....	38
2. Bruttoinlandsprodukt – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern .....	40
3. Arbeitsproduktivität seit 1991 nach Bundesländern .....	42
4. Arbeitnehmerentgelt (Inland) seit 1991 nach Bundesländern .....	44
5. Lohnkosten seit 1991 nach Bundesländern .....	46
6. Investitionsquote seit 1991 nach Bundesländern .....	48
7. Kapitalstock seit 1991 nach Bundesländern .....	50
8. Bruttoanlageinvestitionen – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern .....	52
9. Verfügbares Einkommen seit 1991 nach Bundesländern .....	54
10. Verfügbares Einkommen je Einwohner seit 1991 nach Bundesländern .....	56
11. Private Konsumausgaben – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern .....	58
12. Private Konsumausgaben – in jeweiligen Preisen – je Einwohner seit 1991 nach Bundesländern .....	60
13. Sparen der privaten Haushalte seit 1991 nach Bundesländern .....	62
14. Sparquote der privaten Haushalte seit 1991 nach Bundesländern .....	64

## Zeichenerklärung

– = nichts vorhanden (genau Null) bzw. keine Veränderung eingetreten

0 = Zahl ungleich Null, jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle

. = Zahl unbekannt oder geheim zu halten

... = Angabe fällt später an

X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen.

## Information zur Revision 2011 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder

Generell werden die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) in etwa 5- bis 10-jährigen Abständen überarbeitet, um neue Konzepte einzuführen, methodische Verbesserungen zu realisieren und neue Datenquellen zu erschließen. Die Revision 2011 diente in erster Linie der Umstellung der VGR auf die neue Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). Diese neue Gliederung berücksichtigt die überarbeiteten Ansätze und Vorgaben der europaweit rechtsverbindlichen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 2), die mit der Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 (ABl. EG Nr. L 393) veröffentlicht wurde.

Die neue Klassifikation WZ 2008 weist erhebliche strukturelle Änderungen gegenüber der bisherigen WZ 2003 auf. So wird insbesondere der Dienstleistungsbereich stärker als bisher differenziert und mehrere Abschnitte sind neu geschaffen worden, wie beispielsweise der WZ-Abschnitt „Information und Kommunikation“.

Neben der Umstellung auf die neue Klassifikation WZ 2008 wurde die Revision 2011 auch dazu genutzt, die bisherigen Berechnungsmethoden grundlegend und systematisch zu überprüfen. Änderungsbedarf ergab sich dabei hauptsächlich aufgrund neuer Erkenntnisse und zusätzlicher Datenquellen, welche bislang nicht in die laufenden Berechnungen integriert werden konnten. Dazu gehört auf Länderebene

die nun in größerem Umfang nutzbare Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich (SiD). Diese Maßnahmen ermöglichen eine fundiertere Berechnung der Wertschöpfung sowohl in regionaler als auch in wirtschaftsfachlicher Gliederung. Zudem wurden in der VGR-Länderrechnung in verschiedenen Wirtschaftsbereichen methodische Änderungen vorgenommen, wie beispielsweise in den Bereichen „Grundstücks- und Wohnungswesen“, „Handel“, „Energieversorgung“ und „Verkehr“ sowie im Bereich „Öffentliche Verwaltung“.

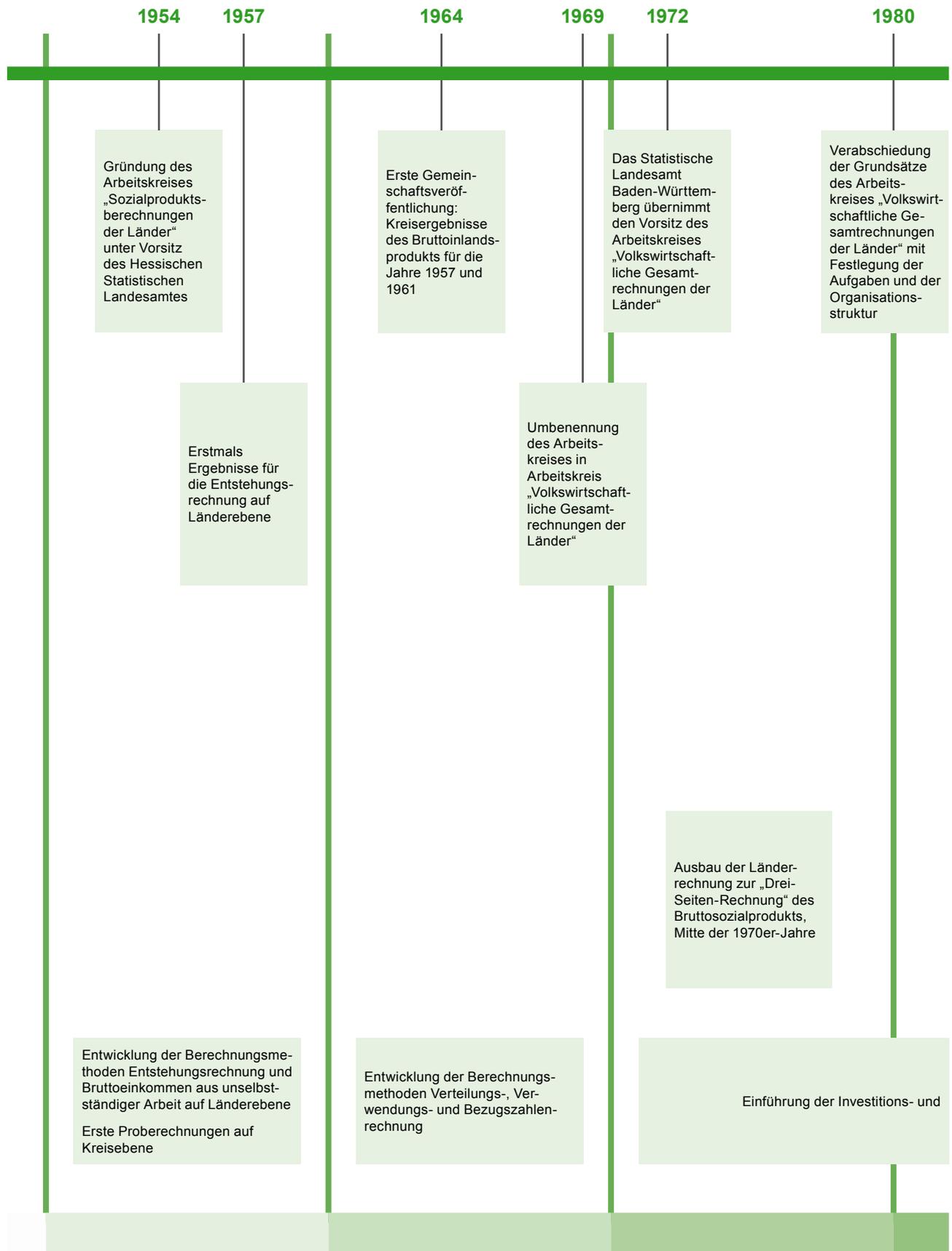
Die revidierten Länderergebnisse des Bruttoinlandsprodukts (BIP), der Bruttowertschöpfung (BWS) sowie des Arbeitnehmerentgelts (ANE) unterscheiden sich teilweise deutlich von den zuvor veröffentlichten Daten. Gründe hierfür sind datenbedingte und methodische Änderungen, die Abstimmung der Ergebnisse auf die neuen Daten der nationalen VGR, die Berücksichtigung der revidierten Erwerbstätigenzahlen auf Länderebene und nicht zuletzt die Neustrukturierung der Wirtschaftsbereiche. Die Revisionsergebnisse sind grundsätzlich nur eingeschränkt vergleichbar mit den bisher veröffentlichten Daten. Insgesamt führt die Revision zu einer deutlich fundierteren Abbildung der Wirtschaftsstruktur und des Wirtschaftsgeschehens in den einzelnen Ländern als bisher.

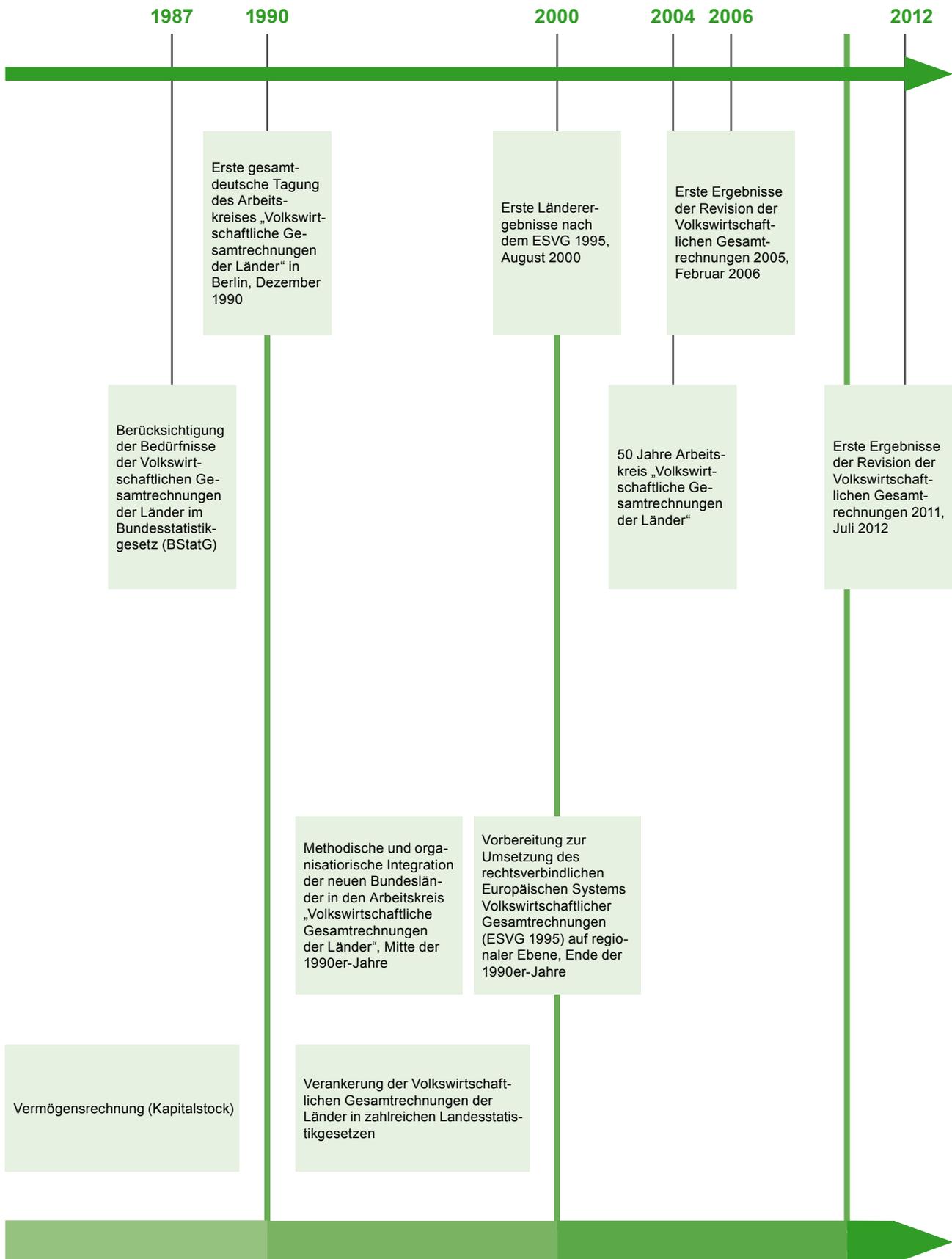
Weitere Informationen unter [www.vgrdl.de](http://www.vgrdl.de).

**Aufgabenverteilung im Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ – Dezember 2013 –**

Land	Ansprechpartner	Koordinierungsaufgaben	WZ 2008
Baden-Württemberg	Dr. Frank Thalheimer  Nicole Gurka  Alexandra Günther	Federführung Regionale Landwirtschaftliche Gesamtrechnung (R-LGR) Maschinelle Aufbereitung sämtlicher VGR-Daten Kapitalstock, Anlagevermögen, Abschreibungen Zentralauswertung der Personalstandstatistik Methodendokumentation Gemeinschaftsveröffentlichungen	01  A – T O
Bayern	Dr. Tilman von Roncador	Fortschreibungen Bruttowertschöpfung (BWS), Bruttoinlandsprodukt Sekundäre Einkommensverteilung	A – T
Berlin und Brandenburg	Dr. Monika Kühn	Arbeitnehmerentgelt (ANE, Inland)  BWS Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt Restposten	A – T (ohne O) T
Bremen	Dr. Andreas Cors	BWS Verkehr und Lagerei BWS Information und Kommunikation	H J
Hamburg	Hergen Bruns	BWS Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	G
Hessen	Sanyel Arikan	Subventionen BWS Finanz- und Versicherungsdienstleister	A – T K
Mecklenburg-Vorpommern	Dr. Margit Herrmann	Primäre Einkommensverteilung	
Niedersachsen	Heiko Irps	BWS Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (Hauptquelle R-LGR)	A
Nordrhein-Westfalen	Sören Görner	Bruttoanlageinvestitionen BWS Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden BWS Verarbeitendes Gewerbe BWS Energieversorgung BWS Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	A – T B C D E
Rheinland-Pfalz	Werner Kertels	BWS Baugewerbe BWS Grundstücks- und Wohnungswesen	F L
Saarland	Karl Schneider	Produktions- und Importabgaben	A – T
Sachsen	Dr. Wolf-Dietmar Speich	BWS Gastgewerbe BWS Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister BWS Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen BWS Erziehung und Unterricht BWS Gesundheits- und Sozialwesen	I M N P Q
Sachsen-Anhalt	Wilfried Buggisch	Konsumausgaben der privaten Haushalte	
Schleswig-Holstein	Dr. Hendrik Tietje	BWS, ANE Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung Konsumausgaben des Staates	O
Thüringen	Jürgen Heß	BWS Kunst, Unterhaltung und Erholung BWS Sonstige Dienstleister anderweitig nicht genannt Bezugszahlen: Bevölkerung	R S

Rückblick





## Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

### Stimmberechtigte Mitglieder: Die Statistischen Ämter der Länder



Baden-Württemberg



Mecklenburg-Vorpommern



Bayern



Niedersachsen



Berlin



Nordrhein-Westfalen

und



Brandenburg



Rheinland-Pfalz



Bremen



Saarland



Hamburg



Sachsen

und



Schleswig-Holstein



Sachsen-Anhalt



Hessen



Thüringen

### Weitere Mitglieder:



Statistisches Bundesamt



vertreten durch: Stadt Frankfurt am Main  
Bürgeramt, Statistik und Wahlen

### Gast:



Europäische Kommission

Eurostat

Statistisches Amt der Europäischen Union

## Die regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Deutschland

### Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Die regionalen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) für die Länder und Kreise der Bundesrepublik Deutschland werden vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ erstellt. In diesem Arbeitskreis sind alle Statistischen Ämter der Bundesländer stimmberechtigte Mitglieder. In beratender Funktion sind das Statistische Bundesamt (DESTATIS) und das Bürgeramt, Statistik und Wahlen der Stadt Frankfurt am Main als Vertretung des Deutschen Städtetages ständige Mitglieder sowie als Gast das Statistische Amt der Europäischen Union (EUROSTAT). Das federführende Statistische Landesamt Baden-Württemberg vertritt den Arbeitskreis nach außen.

### Aufgaben und Ziele

Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ hat die Aufgabe, die Aggregate der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach den konzeptionellen Grundlagen, Methoden und Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) zu berechnen, zu veröffentlichen und vordringlich die fristgerechte Lieferverpflichtung von Regionalergebnissen an EUROSTAT zu erfüllen. Das ESVG ist seit 1995 (ESVG 1995) einschließlich der zwischenzeitlichen Ergänzungen und Anpassungen an internationale Konventionen rechtsverbindlich.

Die Durchführung der regionalen VGR nach den Grundsätzen und konzeptionellen Grundlagen des ESVG sichert die Vergleichbarkeit der Ergebnisse auf allen Ebenen, der regionalen, nationalen und internationalen. Die Regionalergebnisse in Deutschland sind immer auf die nationalen Ergebnisse abgestimmt. Die regionalen VGR liefern Ergebnisse für Bundesländer und alle kreisfreien Städte und Landkreise in Deutschland.

### Regionale Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

In den regionalen VGR in Deutschland steht die Entstehungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts im Mittelpunkt. Anders als in den nationalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen kann aufgrund von Einschränkungen und Lücken der statistischen Basis und der Möglichkeiten zur Regionalisierung von Aggregaten der VGR in den Regionalrechnungen kein vollständiger Wirtschaftskreislauf und kein geschlossenes Kontensystem sowie kein Nachweis für alle Sektoren der Volkswirtschaft erstellt werden. Somit konzentrieren sich die regionalen VGR in Umfang und Gliederungstiefe auf einen für Regionen signifikanten Kern von Aggregaten.

Wichtige Entstehungs-, Verteilungs- und Verwendungsaggregate, die im Rahmen der regionalen VGR dargestellt werden, enthält die Grafik auf Seite 12.

### Berechnungsmethoden

Die Größen der regionalen VGR in Deutschland werden ausgehend von den Ergebnissen der nationalen VGR berechnet. Damit unterscheiden sich die VGR grundsätzlich von der Erhebung einzelner Tatbestände in den Fachstatistiken. Hier werden die Ergebnisse in der Regel von der kleinsten regionalen Ebene zur nächst höheren Ebene zusammengeführt. In den regionalen VGR verläuft die Berechnung genau umgekehrt. Das bedeutet, dass zuerst nationale, vom Statistischen Bundesamt ermittelte Ergebnisse für Deutschland vorliegen, die im Anschluss zunächst auf die Bundesländer aufgeteilt werden. Die Länderergebnisse bilden wiederum die Ausgangswerte für die weitere regionale Verteilung auf die Kreise.

### Regionalisierungsverfahren

Zur Regionalisierung sieht das ESVG 1995 zwei Methoden vor, die Bottom-Up-Methode und die Top-Down-Methode. Die Wahl der Methode ist abhängig von der Verfügbarkeit regionalspezifischer statistischer Ausgangsgrößen.

Bei der Bottom-Up-Methode werden die vorliegenden regionalspezifischen Basisstatistiken zur Berechnung herangezogen und sozusagen „von unten nach oben“ zusammengeführt. Die regionalen Ergebnisse bilden in der Summe das nationale Ergebnis.

Bei der Top-Down-Methode wird genau andersherum vorgegangen. Die nationalen Gesamtgrößen werden in Ermangelung regionalspezifischer Ausgangsgrößen auf die einzelnen Regionen verteilt. Die Verteilung erfolgt anhand von Schlüsselgrößen, die in möglichst engem Zusammenhang zu den zu berechnenden Aggregaten stehen und sie so genau wie möglich widerspiegeln.

### Berechnungszeiträume

Für eine zeitnahe Ergebniserstellung finden in den VGR vielfach Fortschreibungsverfahren Verwendung, da die Vielzahl an statistischen Ausgangsgrößen aus Datenquellen stammt, die nicht unmittelbar nach Ablauf eines Berichtszeitraums vorliegen, sondern erst später sukzessive zur Verfügung stehen. Bei diesen Verfahren werden die vorliegenden Werte von VGR-Aggregaten mittels geeigneter Indikatoren, die die Entwicklung des jeweiligen Aggregats ähnlich genau widerspiegeln, fortgeschrieben. Diese Methode wird vor allem bei der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts und der Arbeitnehmerentgelte angewendet, an deren zeitnahen

Ergebnissen ein sehr starkes Interesse von Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit besteht.

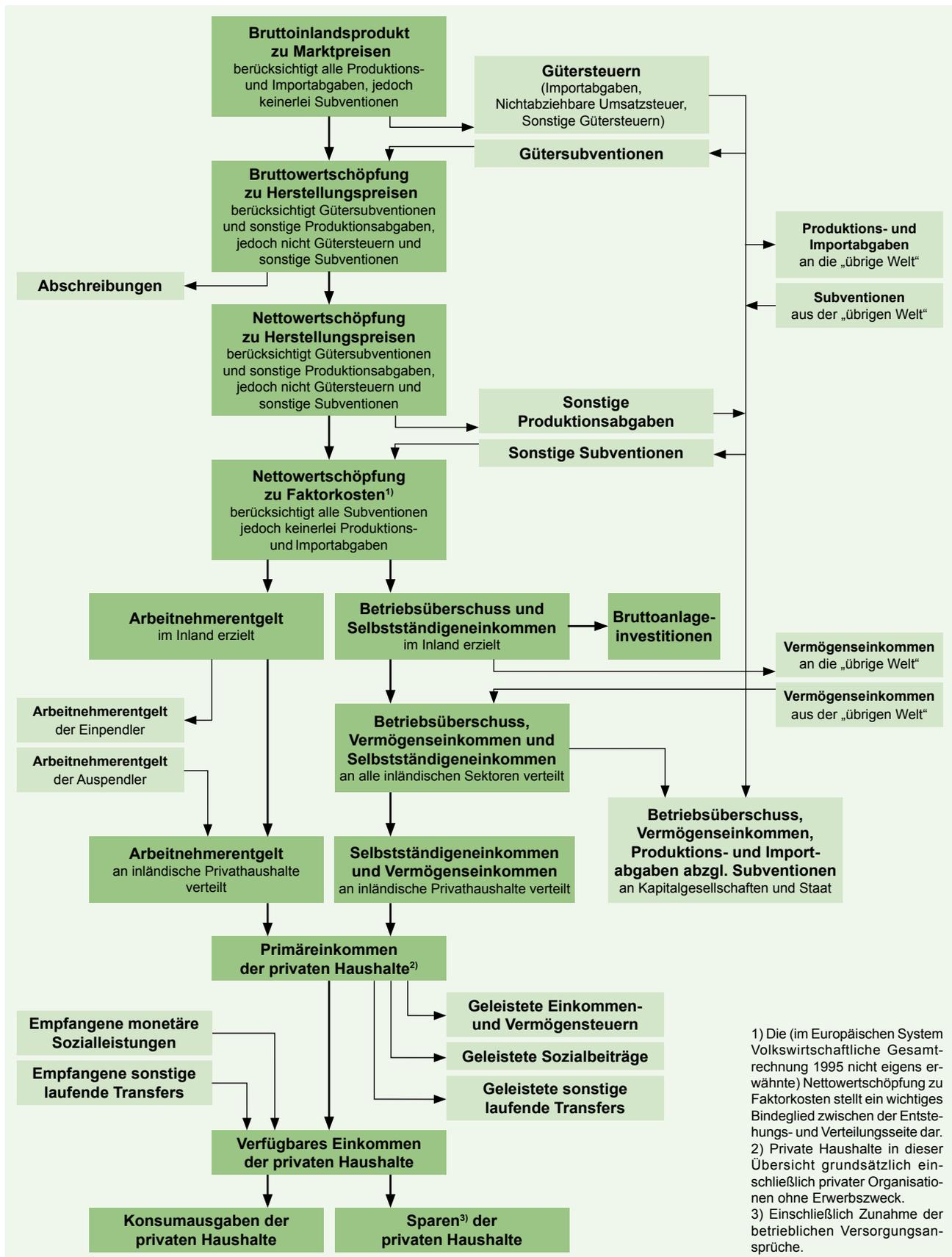
Die VGR-Aggregate werden – sobald weitere, vollständigere und präzisere Datenquellen vorliegen – in mehreren Schritten neu berechnet, zuletzt in sogenannten Originärberechnungen.

Zusätzlich zu den turnusmäßigen Überarbeitungen aufgrund der Vervollständigung der Ausgangsinformationen in den laufenden Berechnungen werden sogenannte große Revisionen in der Regel in 5-jährigem Abstand durchgeführt. Sie dienen dazu, einen mittel- bis langfristig auftretenden Korrekturbedarf umzusetzen, neue Konzepte und gegebe-

nenfalls neue Klassifikationen einzuführen, methodische Verbesserungen zu realisieren sowie neue Datenquellen und Ergebnisse von Großzählungen einzubeziehen.

Die letzte große Revision in den VGR, die Revision 2011, diente hauptsächlich der Umstellung auf die neue Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). Neben der Einführung der WZ 2008 wurden auch die bisherigen Berechnungsmethoden grundlegend und systematisch überprüft, für eine Reihe von Wirtschaftsbereichen die Berechnungen methodisch verbessert und als neue Datenquelle die Strukturhebung im Dienstleistungsbereich verwendet.

Schematische Darstellung der Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen



### Die Bedeutung der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft

Die regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) verfolgen die Aufgabe, ein möglichst vollständiges quantitatives Gesamtbild des wirtschaftlichen Ablaufs und der damit verbundenen wirtschaftlichen Tätigkeiten und Vorgänge in der Volkswirtschaft einer Region für eine abgelaufene Periode zu geben. Dabei gilt es, die Zusammenhänge in einem Wirtschaftskreislauf zu verdeutlichen. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen finden im Wesentlichen die Produktion, Verteilung und Verwendung von Waren und Dienstleistungen sowie die damit einhergehende oder auch daraus resultierende Entstehung, Verteilung und Verwendung von Einkommen ihren Niederschlag.

#### Entstehungsrechnung

Die Berechnung der Entstehungsseite – auch Entstehungsrechnung genannt – umfasst alle Transaktionen im Zusammenhang mit der Produktion von Waren und Dienstleistungen. Zentrale Größen der Entstehungsrechnung sind das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die Bruttowertschöpfung (BWS). Die Bruttowertschöpfung ist eine Kennzahl der wirtschaftlichen Leistung der Wirtschaftsbereiche. Werden die Ergebnisse der einzelnen Wirtschaftsbereiche zusammengeführt, die Gütersteuern addiert und die Gütersubventionen abgezogen, erhält man das Bruttoinlandsprodukt. Die preisbereinigte Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr bzw. einem Vergleichsjahr beschreibt das Wirtschaftswachstum bzw. die Wirtschaftsentwicklung.

Ergebnisse der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bestimmen auf europäischer Ebene maßgeblich die Verteilung der finanziellen Mittel aus den EU-Strukturfonds. So ist das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner auf der Ebene „NUTS 2“ (entspricht in Deutschland in der Regel der Ebene Regierungsbezirk) von sehr hoher Bedeutung, da es unter anderem das Kriterium für den Anspruch auf Fördermittel für die sogenannten Ziel-1-Gebiete (das heißt Regionen mit Entwicklungsrückstand) ist. Das Bruttoinlandsprodukt stellt ferner eine wichtige Bezugsgröße der EU-Strukturindikatoren dar. Dies betrifft zum Beispiel:

- Arbeitsproduktivität der Erwerbstätigen bzw. auf der Grundlage der Arbeitsvolumina (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen bzw. je geleistete Arbeitsstunde der Erwerbstätigen),
- Öffentliche Bildungsausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts,
- Informations- und Kommunikationstechnologieausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Datennutzer im Inland sind vor allem Ministerien und Verwaltungen, Kammern und Verbände, Forschungseinrichtungen und Hochschulen, Banken und andere Unternehmen sowie Medien und Privatpersonen. So werden die Informationen zum Wirtschaftswachstum von großen Ratingagenturen zur Einschätzung der Kreditfähigkeit von Ländern im Rahmen

ihrer Länderrankings mit herangezogen. In diesem Zusammenhang wird auch die Entwicklung der Arbeitsproduktivität mit betrachtet. Ferner ist das Bruttoinlandsprodukt bzw. die Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen oder je geleistete Erwerbstätigenstunde ein wichtiger Indikator, an den private Investoren unter anderem ihre Standortentscheidungen knüpfen, die wiederum Arbeitsplätze, die regionale Wirtschaftsleistung und die jeweiligen Steuereinnahmen beeinflussen. Anhand dieser Größen lassen sich zudem vergleichbare Aussagen zum Prozess der Angleichung der neuen an die alten Länder treffen.

Auf der Basis von Kreisergebnissen zur Bruttowertschöpfung kann die Ausgewogenheit der Wirtschaftsstruktur von Regionen eingeschätzt und bei Defiziten die Ansiedlung von Unternehmen gefördert werden. Weitere regionale Förderentscheidungen orientieren sich ebenfalls am Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen der Regionen. Gleichzeitig dient es als Indikator zur Überprüfung des Einflusses regionaler Förderprogramme oder besonderer Förderpräferenzen zum Beispiel bei Gebieten mit besonderen Entwicklungsaufgaben (GmbE).

Auf regionale Ergebnisse zum Bruttoinlandsprodukt und zur Bruttowertschöpfung stützten sich in der Vergangenheit auch geldpolitische Entscheidungen des Zentralbankrates der Bundesbank im Rahmen der Konjunktur- und Strukturanalysen. Gleichzeitig stellen diese Regionalergebnisse Ausgangsgrößen für die Konjunkturprognosen von Wirtschaftsforschungsinstituten dar.

Das Bruttoinlandsprodukt wird in der Öffentlichkeit nicht nur als Wirtschaftsindikator, sondern zugleich als allgemeiner Wohlstandsindikator angesehen. Allerdings ist es dafür nicht konzipiert worden. Im Jahr 2009 wurde unter anderem mit dem sogenannten Stiglitz-Sen-Fitoussi-Report<sup>1</sup> die Diskussion zum Thema „Wohlfahrtsmessung“ neu initiiert. Das Bruttoinlandsprodukt allein reicht nicht aus, um die Aspekte „Lebensqualität“, „Wohlstand“, „nachhaltige Entwicklung“ sowie „gesellschaftlicher Fortschritt“ messen zu können. Die Diskussion verläuft seitdem sowohl in Deutschland als auch im europäischen bzw. internationalen Kontext auf breiter gesellschaftlicher Ebene. Vorliegende Studien und Projektberichte zeigen, dass es nicht nur einen einzigen, ganzheitlichen Wohlstands- bzw. Fortschrittsindikator geben kann. Stattdessen werden Indikatorensysteme diskutiert, die, neben das Bruttoinlandsprodukt gestellt, die genannten Aspekte messen können<sup>2</sup>.

1 Vgl. Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress, 2009, URL: [http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/documents/rapport\\_anglais.pdf](http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/documents/rapport_anglais.pdf) (Stiglitz-Sen-Fitoussi-Bericht; Abruf vom 27.05.2013)

2 Vgl. Hoffmann, S. und W.-D. Speich: Bruttoinlandsprodukt (BIP) und mehr – aktueller Stand der Diskussion. In: Statistik in Sachsen, 3/2012, S. 34–44.

### Einkommensentstehungsrechnung

Die Einkommensentstehungsrechnung ist Bestandteil der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und wird formal der Verteilungsrechnung zugeordnet. Ihre zentralen Größen sind das nach Wirtschaftsbereichen berechnete Arbeitnehmerentgelt (ANE) sowie der Betriebsüberschuss bzw. das Selbstständigeneinkommen. Beide Einkommensgrößen zeigen, wie sich die im laufenden Produktionsprozess entstandene Wertschöpfung als Einkommen auf die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital verteilt. Die Einkommensentstehungsrechnung ist damit elementare Rechengrundlage für die eigentliche Verteilungsrechnung.

Unter den regionalen Ergebnissen kommt den Bruttolöhnen und -gehältern (BLG), die Bestandteil des Arbeitnehmerentgeltes sind, im Rahmen der Ermittlung der Rentenanpassung eine sehr hohe Bedeutung zu.

Aus den Kreisergebnissen zum Arbeitnehmerentgelt werden ergänzende Informationen zur regionalen Wirtschaftsstruktur gewonnen und bei strukturpolitischen Förderentscheidungen zur Unternehmensansiedlung mit herangezogen. Die regionalen Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer bzw. je geleistete Arbeitsstunde der Arbeitnehmer) sind unter anderem ein wichtiger Indikator für Standortentscheidungen privater Investoren. Mithilfe der Lohnkosten können weitere Aussagen zum Prozess der Angleichung der neuen an die alten Länder getroffen werden. Sie fließen zudem in die Lohnstückkosten (Lohnkosten/Arbeitsproduktivität [Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung {in jeweiligen Preisen} je Erwerbstätigen bzw. je geleistete Arbeitsstunde der Erwerbstätigen]) ein, auf die bei Betrachtungen der Wettbewerbsfähigkeit und Standortattraktivität von Regionen und/oder Wirtschaftsbereichen ebenfalls häufig zurückgegriffen wird.

### Verteilungsrechnung

Die Verteilungsrechnung ist ein weiteres Teilgebiet der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und knüpft an die Ergebnisse der Einkommensentstehungsrechnung an. Sie weist die primäre und sekundäre Verteilung der im volkswirtschaftlichen Produktionsprozess entstandenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus. Gleichzeitig werden die Einkommensströme von und an die übrige Welt berücksichtigt. Neben dem Bruttonationaleinkommen sind das Primäreinkommen und das Verfügbare Einkommen wichtige Größen der Verteilungsrechnung.

Ein Vergleich der regionalen Ergebnisse des Primäreinkommens mit denen zur Bruttowertschöpfung liefert Aussagen darüber, inwiefern die im laufenden Produktionsprozess entstandene Wertschöpfung als Einkommen in den jeweiligen Regionen verbleibt. Auf der Grundlage der regionalen Primäreinkommensergebnisse kann die Ausgewogenheit der regionalen Einkommensstruktur eingeschätzt und durch die Ergebnisse zum Verfügbaren Einkommen die sozialpolitisch motivierte Korrektur durch das Umverteilungssystem betrachtet werden.

Insbesondere das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte liefert detaillierte Informationen über die materielle Lage privater Haushalte in den einzelnen Regionen (Länder- und Kreisebene). Die Ergebnisse zum Verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen gewähren zum Beispiel Aussagen zum Prozess der Angleichung der neuen an die alten Länder. Mittelbar lassen sich aus dem Niveau und der Entwicklung des Verfügbaren Einkommens Aussagen über die Kaufkraft der privaten Haushalte ableiten, wobei natürlich die Preisentwicklung noch unberücksichtigt bleibt. An die nominale Kaufkraft knüpfen zum Beispiel die Vertreter des Einzelhandels, des Freizeit-, Sport- und Unterhaltungsgewerbes, der Kredit- und Versicherungswirtschaft, Handwerker und Vermieter sowie Konsumgüterproduzenten ihre Geschäftserwartungen. Sie können dabei ihre Werbeplanung und das Direktmarketing, ihre Vertriebsplanung, die Einteilung marktgerechter Verkaufsgebiete, ihre Verkaufsplanung und Verkaufskontrolle sowie Standortforschung an den regionalen Ergebnissen zum Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte ausrichten.

### Verwendungsrechnung

Die Verwendungsrechnung als weiteres Teilgebiet der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen weist die letzte inländische Verwendung sowie die Ein- und Ausfuhr der produzierten Sachgüter und Dienstleistungen nach. Ihre zentralen Größen sind die Bruttoanlageinvestitionen, die Privaten Konsumausgaben, die Konsumausgaben des Staates und der Restposten, in den die Vorratsveränderungen, die Nettozugänge an Wertsachen sowie der Außenbeitrag einfließen. Die Summe der Verwendungsaggregate ergibt das Bruttoinlandsprodukt.

Aus den regionalen Ergebnissen der Bruttoanlageinvestitionen können Informationen über die Finanzmittel gewonnen werden, welche in die einzelnen Regionen bzw. Wirtschaftsbereiche geflossen sind. Sie sichern bzw. führen zu neuen Arbeitsplätzen in den einzelnen Ländern. An die Bruttoanlageinvestitionen knüpfen sich regionale bzw. sektorale Wachstumserwartungen. Sie können weitere Investitionen nach sich ziehen. Allgemein schlagen sich Investitionen in einer steigenden Investitionsquote (jetzt: Anteil der Bruttoanlageinvestitionen [in jeweiligen Preisen] am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen) nieder. Da sich regional getätigte Bruttoanlageinvestitionen mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung wachstumssteigernd auf das Bruttoinlandsprodukt auswirken, verringert sich in der Folgezeit die Investitionsquote wieder.

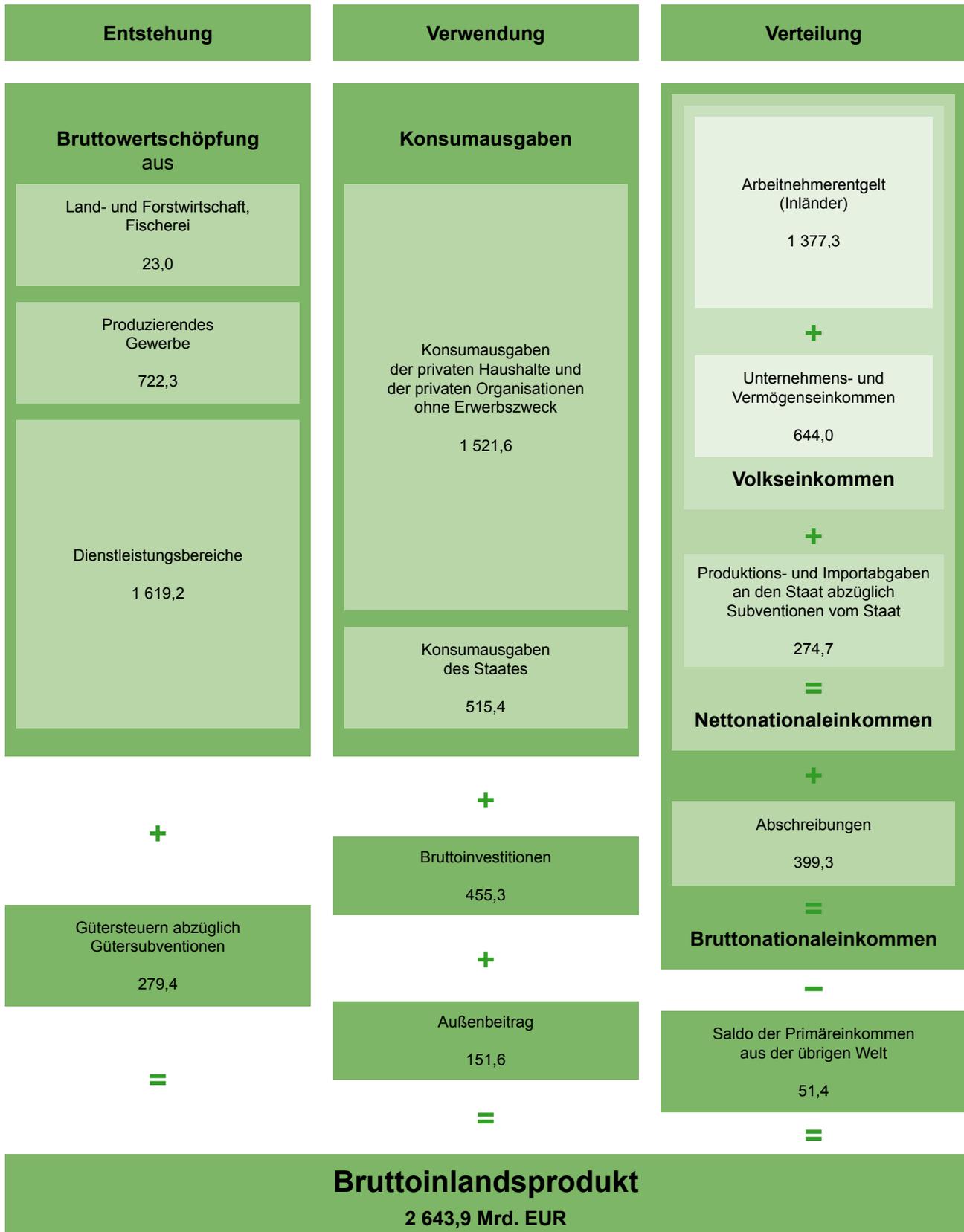
Die Privaten Konsumausgaben umfassen die Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke. Aus der regionalen Verteilung der Privaten Konsumausgaben auf Länderebene ziehen die Vertreter aus Wirtschaft und insbesondere des Handels wichtige Informationen über das Kaufverhalten in einzelnen Regionen und deren Entwicklung in der Zeit. Niedrige Private Konsumausgaben (meist in ländlichen Gebieten) können indes auch wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Erschließung der Infrastruktur veranlassen.

Die Konsumausgaben des Staates enthalten vom Staat selbst produzierte Güter und Dienstleistungen (jedoch ohne selbst erstellte Anlagen und Verkäufe) sowie Ausgaben für Güter, die als soziale Sachtransfers den privaten Haushalten für ihren Konsum zur Verfügung gestellt werden. Besonders die staatlichen Konsumausgaben für Güter und Dienstleistungen sind für die Binnenkonjunktur der Länder von Bedeutung. Demgegenüber werden rückläufige Konsumausgaben des Staates zur Reduzierung der Staatsausgaben und Staatsverschuldung gefordert.

Ein weiterer Bestandteil der Verwendungsrechnung ist der Außenbeitrag. Allerdings lässt sich im System der Volkswirt-

schaftlichen Gesamtrechnungen dieser Saldo zwischen den Exporten und Importen nur auf der nationalen, nicht aber auf der regionalen Ebene ermitteln. Die Darstellung des Außenbeitrags in der Regionalrechnung würde erfordern, dass auch die Waren- und Dienstleistungsströme zwischen den einzelnen Ländern in Deutschland bekannt sind. Dazu liegen jedoch keine Informationen vor. Insofern sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder ein offenes Kreislaufsystem. Der Außenbeitrag ist in der Länderrechnung im Restposten enthalten.

Bruttoinlandsprodukt 2012 für Deutschland in Mrd. EUR (in jeweiligen Preisen)



Berechnungsstand: Februar 2013

### Bruttoinlandsprodukt

Bei der Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts wird zunächst die Wertschöpfung zu Herstellungspreisen aller Wirtschaftsbereiche aufaddiert. Anschließend wird der Saldo aus Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen hinzugezählt. Durch die Berücksichtigung dieses Saldos ergibt sich das Marktpreiskonzept, das für die Bewertung des Bruttoinlandsprodukts heranzuziehen ist. Das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995 (ESVG 1995), das rechtsverbindlich die Methodik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aller EU-Mitgliedsstaaten vorgibt, empfiehlt eine Pauschalverteilung dieses Saldos. Pauschal bedeutet, dass der Saldo – unabhängig von den tatsächlich örtlich entstandenen Gütersteuern und -subventionen – proportional im Verhältnis zur Bruttowertschöpfung auf die Länder verteilt wird. Gütersteuern sind alle Steuern, die pro Einheit einer produzierten oder gehandelten Ware oder Dienstleistung zu entrichten sind. Es handelt sich beispielsweise um Mehrwertsteuer, Importabgaben (ohne Einfuhrumsatzsteuer), Mineralölsteuer, Tabaksteuer, Versicherungssteuer. Gütersubventionen sind ebenfalls solche Subventionen, die pro Einheit einer produzierten Ware oder Dienstleistung geleistet werden. Beispiele hierfür sind Importsabgaben oder Abgeltungszahlungen im Verkehr.

Das Bruttoinlandsprodukt kann zu jeweiligen Preisen (nominal) oder preisbereinigt und somit frei von Preiseinflüssen dargestellt werden. Bei der Bewertung der Waren und Dienstleistungen zu jeweiligen Preisen werden die Preise des jeweiligen Berichtsjahres, bei der Bewertung zu Vorjahrespreisen hingegen die Preise des jeweiligen Vorjahres zugrunde gelegt (Vorjahrespreisbasis). So wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2012 in Preisen des Jahres 2011, das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt 2011 in Preisen des Jahres 2010 abgebildet. Dies hat den

#### Definition des Bruttoinlandsprodukts

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller innerhalb eines Wirtschaftsgebietes während einer bestimmten Periode produzierten Waren und Dienstleistungen. Es entspricht der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen. Die Bruttowertschöpfung, die zu Herstellungspreisen bewertet wird, ergibt sich für jeden Wirtschaftsbereich aus dem Bruttoproduktionswert zu Herstellungspreisen abzüglich der Vorleistungen zu Anschaffungspreisen.

Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen

+ Gütersteuern

– Gütersubventionen

= Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen

Vorteil, dass immer die aktuellen Preis- und Güterrelationen berücksichtigt werden. Durch Verkettung (chain-linking) der Einzelergebnisse werden langfristige Vergleiche möglich. Insbesondere bei langfristigen Vergleichen bietet sich das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt als Vergleichsgröße an, um die tatsächliche Entwicklung der mengenmäßigen Wirtschaftsleistung einer Volkswirtschaft bewerten zu können.

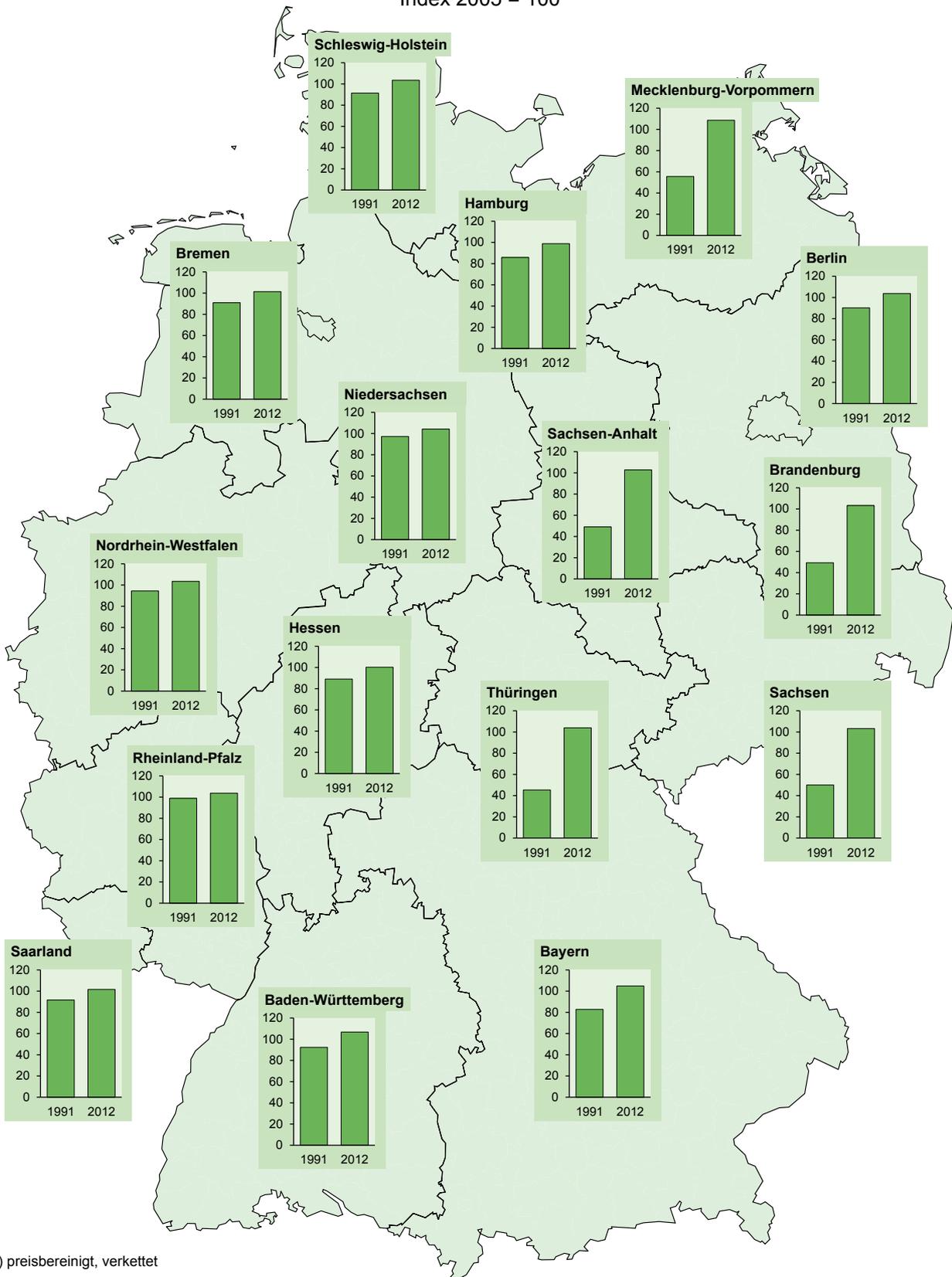
Das Bruttoinlandsprodukt ist der zentrale Indikator für Wachstum und Konjunktur. Unter Wirtschaftswachstum wird gemeinhin die Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes zum Vorjahr verstanden. Beim strukturellen Vergleich einzelner Regionen oder Wirtschaftsbereiche untereinander können durchaus nominale Größen verwendet werden, da hier Entwicklungen eine geringere Rolle spielen.

Das Bruttoinlandsprodukt bezogen auf die Anzahl der Erwerbstätigen gibt Auskunft über die Arbeitsproduktivität. Im Hinblick auf die immer mehr an Bedeutung gewinnende Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung ist jedoch der Bezug auf das Arbeitsvolumen, das heißt die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen, das zutreffendere Produktivitätsmaß. So stellen sich Länder mit sehr hohem Anteil an Teilzeitbeschäftigten bei einem reinen Bezug auf die Zahl der Erwerbstätigen unproduktiver dar als sie in Wirklichkeit sind. Der Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, dem die Berechnung der Erwerbstätigen obliegt, berechnet zusätzlich die Größe „Arbeitsvolumen“. Somit kann die aussagefähigere Kennziffer Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde ermittelt werden. Es sollte außerdem berücksichtigt werden, dass das Bruttoinlandsprodukt nicht ausschließlich durch den Faktor Arbeit geprägt ist, sondern als Gesamtergebnis wirtschaftlicher Aktivitäten zustande kommt. Die Höhe der wirtschaftlichen Leistung ist ebenso bestimmt von der Ausstattung mit Maschinen bzw. deren Modernisierungsgrad oder etwa der Infrastruktur.

Im europäischen und internationalen Vergleich ist es üblich, zur Messung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität und somit des wirtschaftlichen Entwicklungsstandes einer Volkswirtschaft das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner heranzuziehen.

Das Bruttoinlandsprodukt ist nicht nur Grundlage für politische Entscheidungen und Standortbestimmungen, sondern findet seinen Niederschlag explizit in den Niederschriften der Maastrichter Verträge. Es ist das rechtsverbindliche Maß für die fiskalischen Maastricht-Kriterien. Im Vertrag von Maastricht ist festgelegt, dass in den Mitgliedstaaten das öffentliche Defizit 3 % des Bruttoinlandsproduktes nicht übersteigen darf. Der öffentliche Schuldenstand darf maximal 60 % des Bruttoinlandsproduktes erreichen. Des Weiteren richten sich etwaige Fördergelder aus dem EU-Strukturfondsprogramm für die benachteiligten Regionen Europas nach dem auf die jeweilige Einwohnerzahl bezogenen Bruttoinlandsprodukt.

**Bruttoinlandsprodukt\*) je Erwerbstätigen (Arbeitsproduktivität)  
2012 gegenüber 1991 nach Bundesländern**  
Index 2005 = 100



\*) preisbereinigt, verkettet

### Bruttowertschöpfung

Die Bruttowertschöpfung ist in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein bedeutendes Aggregat der Entstehungsrechnung. Sie wird für einzelne Wirtschaftsbereiche, Bundesländer sowie für kreisfreie Städte und Kreise berechnet und veröffentlicht. Die Bruttowertschöpfung gibt den Wert der wirtschaftlichen Leistung für die einzelnen Wirtschaftsbereiche an und umfasst somit grundsätzlich alle entgeltlich erzeugten Waren und Dienstleistungen. Nicht wertschöpfungswirksam im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind unentgeltliche Tätigkeiten wie zum Beispiel Arbeiten im eigenen Haushalt oder ehrenamtliche Aktivitäten.

Die Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) der Wirtschaftsbereiche wird in der Regel aus der Differenz der Produktionswerte (zu Herstellungspreisen) und der Vorleistungen (zu Anschaffungspreisen) bestimmt. Aufgrund dieser unterschiedlichen Bewertungen enthält die Bruttowertschöpfung nicht die Gütersteuern abzüglich der Gütersubventionen.

Eine Ausnahme von dieser subtraktiven Berechnungsmethode gilt für die sogenannten „Nichtmarktproduzenten“ aus den Sektoren Staat und private Organisationen ohne Erwerbzweck, deren Leistungen für die Allgemeinheit überwiegend ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Hier wird die Bruttowertschöpfung durch Addition der Aufwandsposten dieser Institutionen ermittelt, wie zum Beispiel Einkommen aus unselbstständiger Arbeit, Produktionssteuern, Abschreibungen usw.

Die Produktionswerte der Unternehmen stellen den Wert der Verkäufe von Waren und Dienstleistungen aus eigener Produktion sowie von Handelsware an andere in- und ausländische Wirtschaftseinheiten dar, vermehrt um den Wert der Bestandsveränderung an Halb- und Fertigwaren aus eigener Produktion und um den Wert der selbst erstellten Anlagen. Zu den Verkäufen rechnen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auch die Einnahmen aus der Vermietung von Wohnungen und gewerblichen Anlagen sowie der Eigenkonsum der Unternehmer. Der Wert der Verkäufe schließt die in Rechnung gestellte Umsatzsteuer nicht ein.

#### Definition der Bruttowertschöpfung

Die Bruttowertschöpfung umfasst den Wert der wirtschaftlichen Leistung der Wirtschaftseinheiten bzw. der Wirtschaftsbereiche innerhalb einer bestimmten Periode.

Die Bruttowertschöpfung errechnet sich wie folgt:

$$\begin{array}{r} \text{Produktionswert zu Herstellungspreisen} \\ - \quad \text{Vorleistungen} \\ \hline = \quad \text{Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen} \end{array}$$

Der Produktionswert eignet sich allerdings nur sehr bedingt zur Messung der wirtschaftlichen Leistung, da in ihm auch die von anderen wirtschaftlichen Einheiten produzierten Vorprodukte enthalten sind. Um Doppelzählungen zu vermeiden, werden diese Vorleistungen vom Produktionswert abgezogen. Unter Vorleistung ist der Wert der Waren und Dienstleistungen zu verstehen, die inländische Wirtschaftseinheiten von anderen in- und ausländischen Wirtschaftseinheiten bezogen und im Berichtszeitraum im Zuge der Produktion verbraucht haben. Die Vorleistungen umfassen außer Rohstoffen, sonstigen Vorprodukten, Hilfs- und Betriebsstoffen, Brenn- und Treibstoffen und anderen Materialien auch Bau- und sonstige Leistungen für laufende Reparaturen, gewerbliche Mieten, Leiharbeitnehmer, von anderen Unternehmen durchgeführte Lohnarbeiten, Transportkosten, Postgebühren, Anwaltskosten, Benutzungsgebühren für öffentliche Einrichtungen usw. In der Regel schließen Vorleistungen nicht die eingesetzte Handelsware ein, da auch der Produktionswert von Handelsaktivitäten nur in Höhe des Dienstleistungsentgelts gebucht wird. Zusätzlich werden die „unterstellten Bankgebühren“ als „Finanzserviceleistungen, indirekte Messung (FISIM)“ berücksichtigt und nach den verwendenden Sektoren und Wirtschaftsbereichen direkt für Produktionswert und Vorleistungen aufgeteilt.

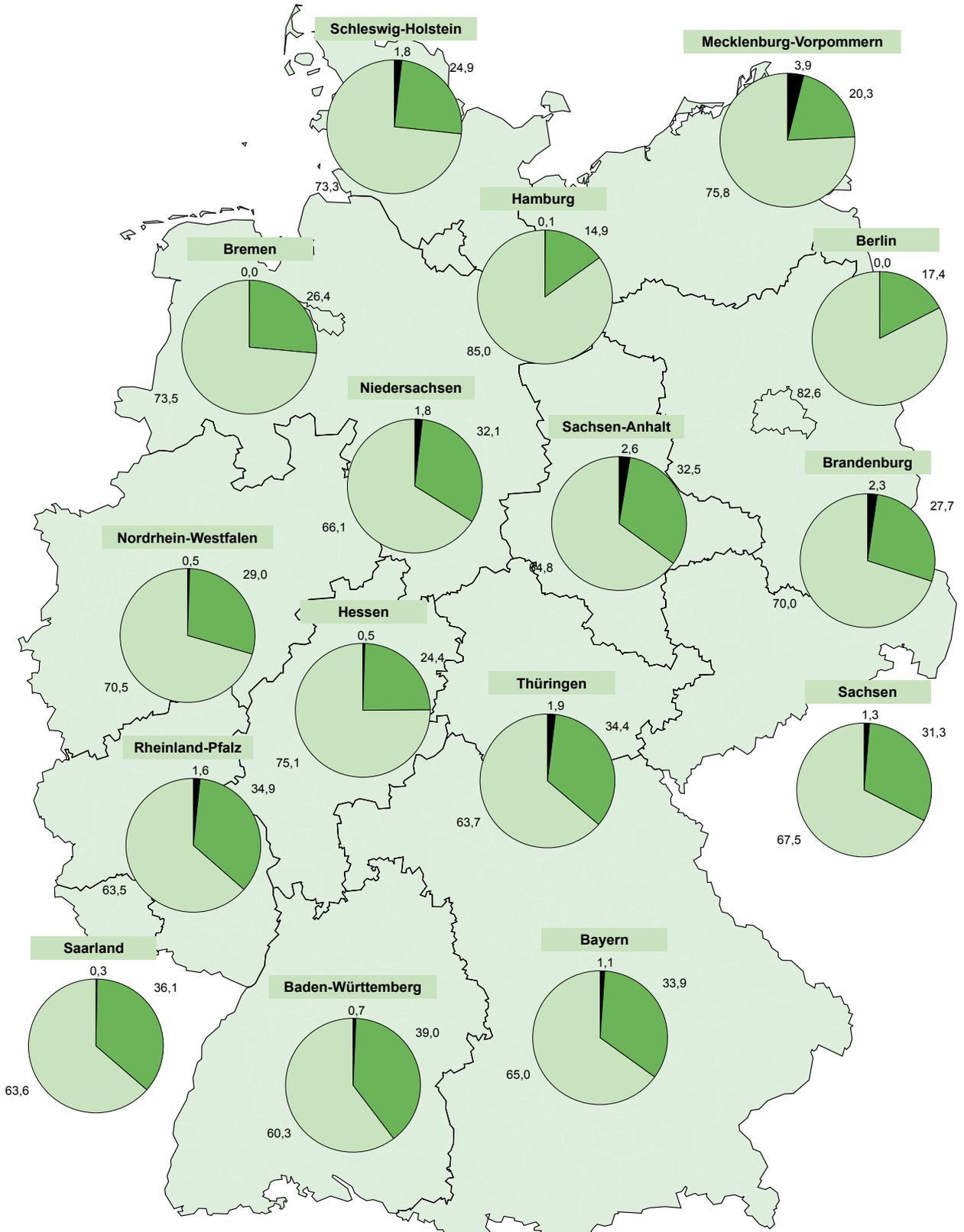
Die so berechnete Bruttowertschöpfung von Unternehmen ergibt aufsummiert die Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche und Regionen. Nach Addition der Gütersteuern und Subtraktion der Gütersubventionen von der Bruttowertschöpfung der Gesamtwirtschaft ergibt sich schließlich das Bruttoinlandsprodukt.

Damit wird die Wirtschaftsleistung in den Ländern, Landkreisen und kreisfreien Städten dargestellt. Die Bruttowertschöpfung ist somit ein wichtiger Indikator für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft bei der Analyse und Prognose von Konjunktur, Wachstum, Struktur und Entwicklung der Gesamtwirtschaft sowie für den Vergleich der Wirtschaft von Regionen oder der langfristigen strukturellen Veränderung von Wirtschaftsbereichen zueinander. Zusätzlich ist auch der Vergleich der Produktivität (Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen) zwischen einzelnen Regionen und Wirtschaftsbereichen eine aufschlussreiche Kenngröße.

Seit dem Berichtsjahr 2000 wird über die Größe „Arbeitsvolumen“ auch die Bruttowertschöpfung je Arbeitsstunde ausgewiesen. Damit wird der Quantifizierung des Arbeitsinputs (unterschiedliche Anteile der Teilzeitbeschäftigung) besser Rechnung getragen als mit dem reinen Pro-Kopf-Bezug. Mit der regionalen Bruttowertschöpfung steht eine Datengrundlage bereit, die eine Beurteilung erlaubt, ob ein Wirtschaftsbereich bzw. eine Region im Verhältnis zu anderen Wirtschaftsbereichen bzw. Regionen relativ viel oder weniger gewachsen ist.

### Bruttowertschöpfung\*) 2012 nach Bundesländern

Anteil der Wirtschaftsbereiche in %    Land- und Forstwirtschaft, Fischerei    Produzierendes Gewerbe    Dienstleistungsbereiche



\*) in jeweiligen Preisen

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Gratik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

### Arbeitnehmerentgelt

Das Arbeitnehmerentgelt umfasst Bruttolöhne und -gehälter sowie tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge der Arbeitgeber. Nicht dazu zählt das Einkommen von Selbstständigen oder deren mithelfenden Familienangehörigen. Erfasst werden sämtliche Geld- und Sachleistungen, die der Arbeitgeber für die Beschäftigung von Arbeitnehmern aufwendet. Das Arbeitnehmerentgelt stellt also nicht nur eine Einkommensgröße der Arbeitnehmer dar, sondern ist auch eine wichtige gesamtwirtschaftliche Kostengröße, die den Aufwand für den Produktionsfaktor Arbeit weitgehend abbildet.

Mit Hilfe des Einkommensaggregats Arbeitnehmerentgelt können weitere gesamtwirtschaftliche Größen wie die Lohnquote oder die Lohnstückkosten berechnet werden. Die Lohnquote ist der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen. Die Lohnstückkosten sind die Relation der Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer bzw. je Arbeitnehmerstunde) zur Arbeitsproduktivität (preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen bzw. je Erwerbstätigenstunde).

Weiterhin ist die Entwicklung der Durchschnittsverdienste (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) ein wichtiger Indikator für politische Entscheidungen. Beispielsweise geht die Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter in die Rentenformel ein als Grundlage der jährlichen Rentenanpassungen in Deutschland.

Die Berechnung der Arbeitnehmerentgelte sowie der Bruttolöhne und -gehälter in Bundesländern und Kreisen ermöglicht regional vergleichbare Einkommensgrößen hinsichtlich ihres Niveaus, der Struktur und Entwicklung.

#### Definition des Arbeitnehmerentgelts

Das Arbeitnehmerentgelt errechnet sich wie folgt:

Bruttolöhne und -gehälter

+ Sozialbeiträge der Arbeitgeber

= Arbeitnehmerentgelt

Die Bruttolöhne und -gehälter umfassen alle Löhne und Gehälter vor Abzug der Lohnsteuer und der Sozialbeiträge der Arbeitnehmer, die den Arbeitnehmern aus ihren Arbeits- und Dienstverhältnissen zufließen. Die Sozialbeiträge der Arbeitgeber sind nicht enthalten. Einbezogen wird eine Vielzahl anderer Einkommensbestandteile (z. B. Erschwerungszulagen und Familien- und Kinderzuschläge). Dazu gehören weiterhin Heimarbeiterlöhne und Vergütungen für den Mehraufwand von Beschäftigten in Arbeitsgelegenheiten. Enthalten sind auch Naturalvergütungen, die als geldwerter Vorteil gemessen werden, der dem Arbeitnehmer durch unentgeltliche oder verbilligte Überlassung von Waren und Dienstleistungen durch den Arbeitgeber entsteht. Auch Lohnfortzahlungen für ausgefallene Arbeitszeit (Feiertage,

Urlaub, Krankheit), Zuschüsse des Arbeitgebers zum Krankengeld und Jahressonderzahlungen sind eingeschlossen. Hinzugerechnet werden außerdem Bruttolöhne und -gehälter aus nebenberuflichen Beschäftigungsverhältnissen bzw. geringfügigen abhängigen Tätigkeiten.

Die Sozialbeiträge der Arbeitgeber schließen die gesetzlich vorgeschriebenen, vertraglich vereinbarten oder freiwillig vom Arbeitgeber übernommenen Beiträge zur Renten-, Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung sowie unterstellte Sozialbeiträge ein, die von den Arbeitgebern direkt an gegenwärtig oder früher beschäftigte Arbeitnehmer oder sonstige Berechtigte gezahlt werden.

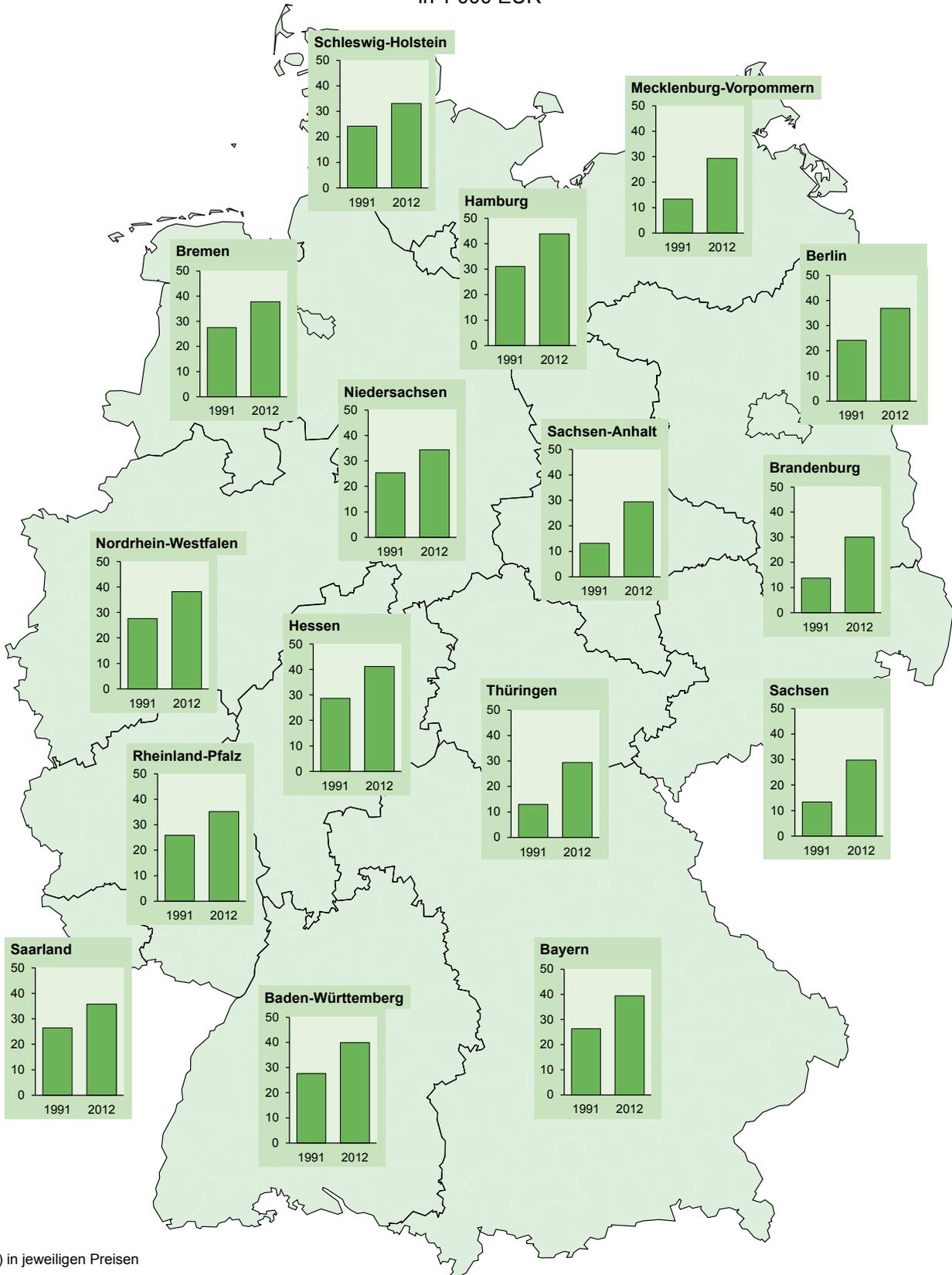
Die Arbeitnehmerentgelte bzw. die Bruttolöhne und -gehälter werden methodisch als Produkt aus der jahresdurchschnittlichen Anzahl der Arbeitnehmer und den entsprechenden Durchschnittsverdiensten in den Wirtschaftszweigen berechnet. Dabei wird nach Arbeitnehmergruppen (Arbeiter und Angestellte, Beamte und marginal Beschäftigte) differenziert. Dadurch werden die deutlich kürzeren Arbeitszeiten und geringeren Durchschnittsverdienste von ausschließlich geringfügig Beschäftigten berücksichtigt.

Zu den Arbeitnehmern zählt, wer als Arbeiter, Angestellter, Beamter, Richter, Berufssoldat, Soldat auf Zeit, Wehr- oder Zivildienstleistender/Person im Bundesfreiwilligendienst, Auszubildender, Praktikant oder Volontär in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis steht und hauptsächlich diese Tätigkeit ausübt. Eingeschlossen sind auch Heimarbeiter. Dabei ist die Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit unerheblich, sodass auch marginal Beschäftigte dazu gehören. Das sind Personen, die keine voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben, jedoch nach dem Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation als erwerbstätig gelten, wenn sie in einem einwöchigen Berichtszeitraum wenigstens eine Stunde gegen Entgelt gearbeitet haben. Dazu zählen in Deutschland insbesondere ausschließlich geringfügig Beschäftigte und Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten, den sogenannten „Ein-Euro-Jobs“.

Durch diese Berechnungsmethode ist es möglich, die beiden Faktoren der Einkommensentwicklung zu quantifizieren: die Lohn- und Gehaltsentwicklung der einzelnen Arbeitnehmer und/oder die veränderte Zahl der Einkommensbezieher. Die Entwicklung der Durchschnittseinkommen kann neben individuellen oder tariflich begründeten Veränderungen der Arbeitnehmerverdienste auch auf strukturelle Änderungen zurückgehen. So führen steigende Anteile marginal Beschäftigter an allen Arbeitnehmern dazu, dass die Durchschnittseinkommen sinken oder langsamer wachsen.

Das Arbeitnehmerentgelt wird sowohl als geleistetes Arbeitnehmerentgelt (Arbeitsortprinzip), als auch als empfangenes Arbeitnehmerentgelt (Wohnortprinzip) nachgewiesen. Der Unterschied zwischen beiden Größen entsteht aus dem Saldo der Arbeitnehmerentgelte der Pendler, also der Arbeitnehmer, die nicht an ihrem Wohnort arbeiten.

**Arbeitnehmerentgelt\*) je Arbeitnehmer (Lohnkosten) 2012 gegenüber 1991  
nach Bundesländern  
in 1 000 EUR**



\*) in jeweiligen Preisen

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Graphik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

## Bruttoanlageinvestitionen

Die Bruttoanlageinvestitionen sind eine wichtige Nachfragegröße in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Zusammen mit den Konsumausgaben von Staat, privaten Haushalten und Organisationen ohne Erwerbszweck sowie dem Saldo von Exporten und Importen bilden sie das Bruttoinlandsprodukt.

Die Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen hat einen direkten Einfluss auf die Konjunktur und das Wirtschaftswachstum in den Ländern, Landkreisen und kreisfreien Städten, da die Investitionen einen starken Einkommens- und Beschäftigungseffekt ausüben. Zusätzlich ist auch das Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zur Produktion, die sogenannte Investitionsquote, sehr aufschlussreich. Sie ist definiert als Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt. Die Investitionsquote gibt an, ob im Verhältnis zur Produktion relativ viel oder wenig investiert worden ist.

Besonders vor dem Hintergrund einer zunehmenden Globalisierung der Wirtschaftsprozesse und einer damit einhergehenden Verlagerung von Investitionen ins Ausland, sind die Höhe und die Struktur sowie der zeitliche Verlauf der Bruttoanlageinvestitionen von großem Interesse für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Die Bruttoanlageinvestitionen umfassen die Käufe neuer Anlagen (einschließlich eingeführter und selbst erstellter Anlagen) sowie die Käufe gebrauchter Anlagen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen. Als Anlagen werden im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen alle dauerhaften reproduzierbaren Produktionsmittel angesehen, mit Ausnahme nur militärisch nutzbarer Anlagen und solcher Güter, die in den privaten Konsum eingehen.

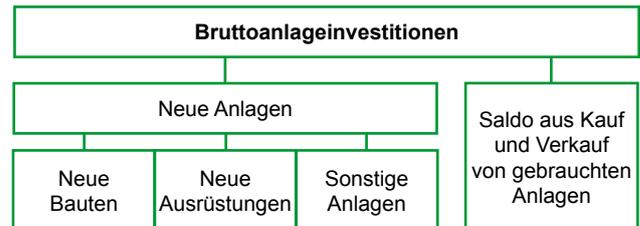
Als dauerhaft gelten hier diejenigen Produktionsmittel, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise in der betrieblichen Buchführung aktiviert werden. Die Anlageinvestitionen werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen brutto nachgewiesen, das heißt vor Abzug der Abschreibungen.

Neue Anlagen sind neu in den Wirtschaftskreislauf eintretende, das heißt in einer nachgewiesenen Berichtsperiode

### Definition der Bruttoanlageinvestitionen

Die Bruttoanlageinvestitionen umfassen die Käufe neuer Anlagen (einschließlich eingeführter und selbst erstellter Anlagen) sowie die Käufe gebrauchter Anlagen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen von Wirtschaftseinheiten bzw. der Wirtschaftsbereiche innerhalb einer bestimmten Periode.

im Inland neu entstandene oder importierte Anlagegüter. Sie untergliedern sich in neue Bauten, neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen. Zu den neuen Bauten zählen auch werterhöhende Leistungen am Gebäudebestand. Für die einzelnen Wirtschaftsbereiche wird nur der Erwerb neuer Anlagen (neue Bauten, neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen) ausgewiesen, da der Nachweis des Kaufs und Verkaufs von gebrauchten Anlagen zwischen den Wirtschaftsbereichen und den Bundesländern aus statistischen Gründen nicht möglich ist.



Die Bauinvestitionen umfassen Bauleistungen an Gebäuden und sonstigen Bauten, wie Straßen, Brücken, Tunnels, Flugplätze, Kanäle, Staudämme, Montagebauten, Versorgungs- und Rohrfernleitungen, Sportplätze, Parks usw.

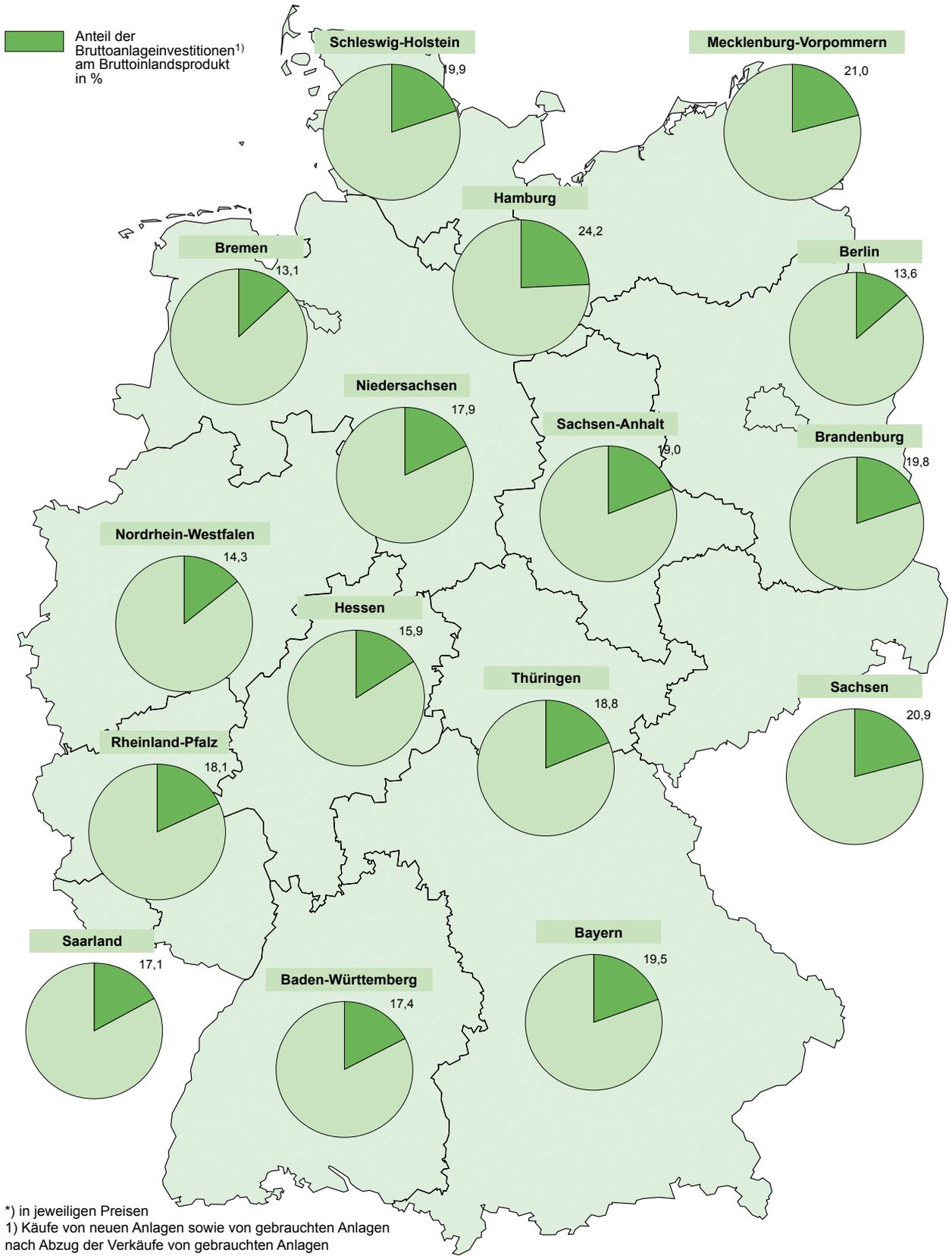
Die Ausrüstungsinvestitionen umfassen Maschinen, maschinelle Anlagen, Fahrzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattungen sowie ähnliche Anlagegüter, die nicht fest mit Bauten verbunden sind.

Zu den sonstigen Anlagen zählen die Investitionen in immaterielle Anlagegüter (erworbene und selbst erstellte Computersoftware, Urheberrechte und Suchbohrungen), Nutztiere und Nutzpflanzungen sowie Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden. In der Länderrechnung werden die sonstigen Anlagen nicht getrennt nachgewiesen, sondern nur zusammen mit den Ausrüstungen.

Zur Ermittlung der Bruttoanlageinvestitionen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen werden die verschiedensten Quellen der amtlichen und nichtamtlichen Statistik herangezogen, da es mit Ausnahme der Dienstleistungsstatistik keine Datenquelle gibt, die laufende und mehrere Wirtschaftsbereiche überdeckende Ergebnisse zu den Bruttoanlageinvestitionen liefert.

Hauptpfeiler der Berechnungen stellen die Investitionserhebungen dar. Für die Bereiche, in denen der Staat Investitionen tätigt, dienen die Rechnungsstatistik der Länder- und Kommunalfinanzen sowie der Bundeshaushaltsplan als Datengrundlage. Für die Bauinvestitionen wird weitgehend die Bautätigkeitsstatistik verwendet. Darüber hinaus werden auch Geschäftsberichte von Unternehmen ausgewertet.

**Bruttoanlageinvestitionen zum Bruttoinlandsprodukt\* (Investitionsquote)  
2010 nach Bundesländern**



\*) in jeweiligen Preisen  
1) Käufe von neuen Anlagen sowie von gebrauchten Anlagen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen

### Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stellt einen besonders aussagefähigen Indikator für den (monetären) „Wohlstand“ der Bevölkerung dar und ist als der Betrag zu verstehen, der den in einer bestimmten Region lebenden Menschen für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung steht. Das Verfügbare Einkommen ergibt sich aus den empfangenen Primäreinkommen nach Abzug der geleisteten laufenden Transfers und nach Hinzufügung der empfangenen laufenden Transfers.

Das Primäreinkommen setzt sich zusammen aus dem empfangenen Arbeitnehmerentgelt, den Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit (hierzu zählen auch unterstellte Mieten für selbst genutztes Wohneigentum) und dem positiven Saldo aus empfangenen und geleisteten Vermögenseinkommen. Es stellt allgemein den weitest gefassten Einkommensbegriff dar. Das Arbeitnehmerentgelt schließt neben den empfangenen Bruttolöhnen und -gehältern der Arbeitnehmer sowie den tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträgen der Arbeitgeber alle Zulagen mit ein, wie z.B. Akkord-, Schicht-, Schmutz-, Essens-, Wohnungs-, Fahrtkostenzulagen, außerdem Jahressonderzuwendungen wie 13. Monatsgehalt, Urlaubsgeld, Gratifikationen, Gewinnbeteiligungen oder Abfindungen. Bei den Primäreinkommen mit einbezogen ist zudem auch der (fiktiv erzielte) Betriebsüberschuss aus der Eigennutzung von Wohneigentum, ebenso wie der (realisierte) Betriebsüberschuss aus der Vermietung und Verpachtung.

Zu den (von privaten Haushalten) geleisteten laufenden Transfers zählen insbesondere die direkten Steuern, wie die Lohn- und Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, die (frühere) Vermögensteuer sowie auch Steuern in Zusammenhang mit dem privaten Verbrauch (z.B. Kfz-Steuer, Gemeindesteuern, Hunde-, Jagd- und Fischereisteuer), weiterhin die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer, der Selbstständigen sowie die vom Staat für Nichterwerbstätige übernommenen Beiträge. Enthalten sind auch bestimmte unterstellte Sozialbeiträge, welche im System der VGR aus Konsistenzgründen als Gegenwert von sozialen Leistungen verbucht werden müssen, da ihnen keine speziellen Deckungsmittel oder Beiträge Dritter gegenüberstehen (zum Beispiel im Rahmen der Beamtenversorgung), sowie eine Reihe weiterer dem Betrag nach weniger bedeutender Transfers. Die von privaten Haushalten empfangenen laufenden Transfers umfassen in weit überwiegendem Umfang monetäre Sozialleistungen. Die weitaus größte Position stellen dabei die Geldleistungen der Rentenversicherung (Arbeiter, Angestellte, Knappschaft, ab 2003 Deutsche Rentenversicherung) dar. Von erheblicher Bedeutung sind jedoch auch die Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung sowie der Arbeitslosen- und Sozialhilfe wie auch seit dem Jahr 2005 die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II, die öffentlichen Pensionen und auch das Kindergeld. Weiterhin zählen zu den empfangenen Transfers z.B. auch die Leistungen von Schadensversicherungen zur Regulierung von Schadensfällen (Private Krankenversicherung sowie Kfz-Haftpflicht, Kfz-Unfall, Feuer, Einbruch, Leitungswasser, Glas, Hausrat, Rechtsschutz usw.) sowie Geldleistungen der gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Pflegeversicherung, Wohngeld, Erzie-

hungsgeld, Elterngeld, Ausbildungsbeihilfen, Kriegsopferversorgung und ähnliche finanzielle Unterstützungsleistungen.

Die Einkommen der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck werden in den Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen allgemein nur zusammengefasst dargestellt, da die statistischen Daten angesichts der engen monetären Verflechtung beider Sektoren für eine getrennte Darstellung nicht ausreichen. Allerdings kommt den privaten Organisationen nur ein relativ geringes Gewicht zu, sodass zur Vereinfachung häufig nur vom Haushaltssektor bzw. von den privaten Haushalten gesprochen wird, obwohl die privaten Organisationen sachlich miteinbezogen sind.

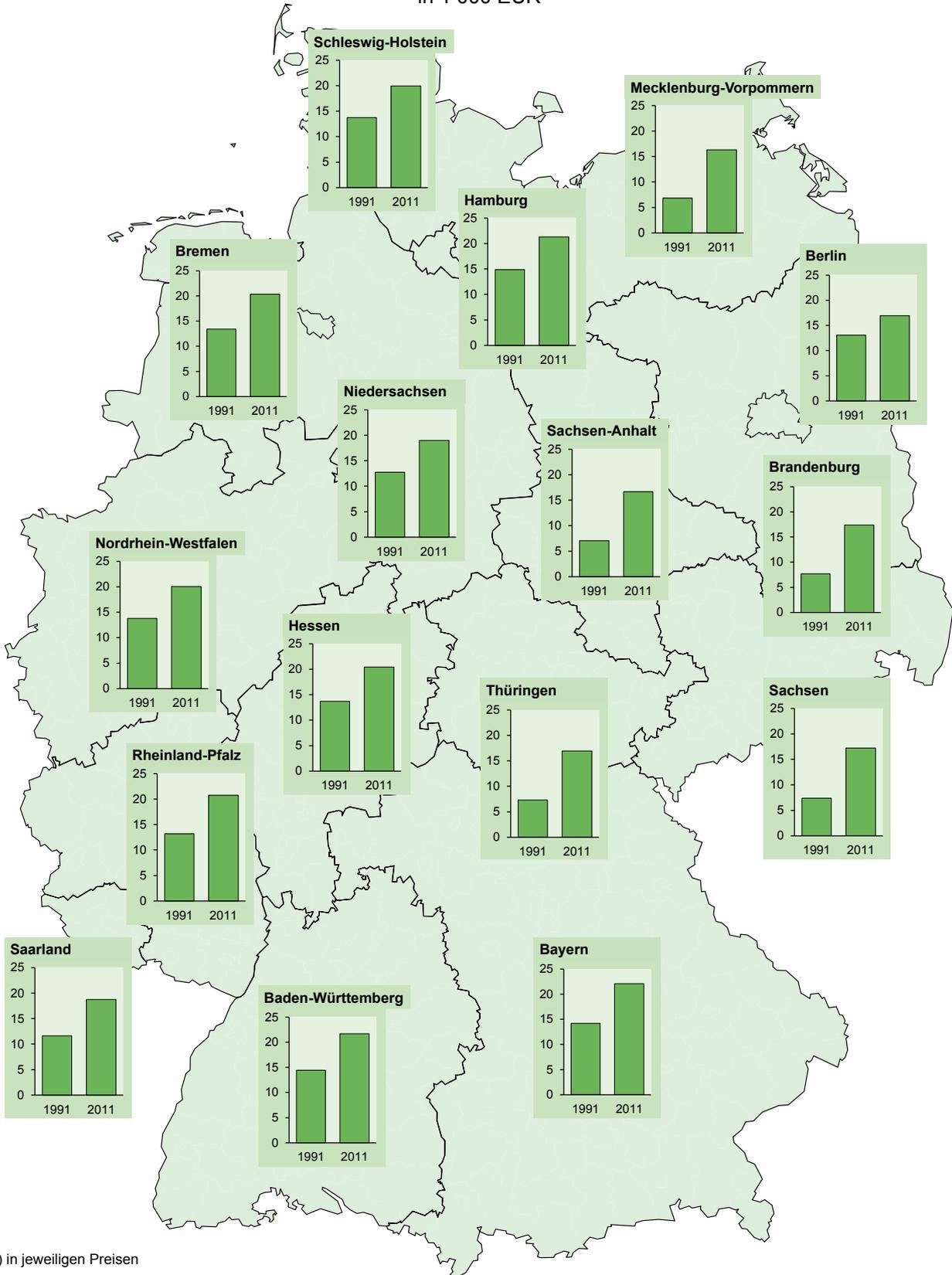
Für Regionalvergleiche wird im Allgemeinen das Verfügbare Einkommen je Einwohner herangezogen. Mit der Wohnbevölkerung als Bezugsgröße wird der heterogenen Zusammensetzung des komplexen Einkommensbegriffs am besten Rechnung getragen, da sich dessen Einzelkomponenten (z.B. die verschiedenen sozialen Leistungen) jeweils auf ganz bestimmte Bevölkerungsgruppen beziehen und aufgrund der Vielgestaltigkeit unseres Gesellschaftssystems schließlich jedes seiner Mitglieder in irgendeiner Weise als Bezieher von Erwerbs-, Vermögens- oder Transfereinkommen in Erscheinung tritt oder zumindest grundsätzlich in Betracht kommt. Dennoch ist die Wohnbevölkerung als Bezugsgröße nicht ganz unproblematisch, da natürlich das soziografische Gefüge der Bevölkerung maßgeblich auch deren (durchschnittliches) Einkommensniveau beeinflusst. Im Hinblick auf die Höhe der (absoluten) Erwerbseinkommen seien vor allem die Erwerbsbeteiligung und die Erwerbstätigenstruktur (in Abhängigkeit von Qualifikation und Wirtschaftsstruktur) als maßgebliche Faktoren genannt. Für die Höhe der Abgabenbelastung und der sogenannten Transfereinkommen und entsprechend auch des Verfügbaren Einkommens sind des Weiteren vielerlei andere Gesichtspunkte von Belang, so z. B. die Altersstruktur und Haushaltsgröße, die Arbeitsmarktsituation, die (primäre) Einkommensverteilung und unzählige andere, teils persönliche Bestimmungsfaktoren. Aufgrund der bestehenden Rückkopplungseffekte zwischen demografischer Struktur und Einkommenshöhe erklären sich die Unterschiede in den Pro-Kopf-Einkommen also nicht allein durch die Diskrepanz von erzielten Primär- und Transfereinkommen, sondern auch durch „Struktureffekte“ innerhalb der Bezugsgröße, also der jeweiligen Wohnbevölkerung.

#### Definition des Verfügbaren Einkommens

Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist der Betrag, der den in einer bestimmten Region lebenden Menschen für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung steht. Das Verfügbare Einkommen errechnet sich wie folgt:

Primäreinkommen	
+	empfangene monetäre Sozialleistungen
+	empfangene sonstige laufende Transfers
-	geleistete Einkommen- und Vermögensteuern
-	geleistete Sozialbeiträge
-	geleistete sonstige laufende Transfers
=	Verfügbares Einkommen

**Verfügbares Einkommen\*) je Einwohner 2011 gegenüber 1991  
nach Bundesländern  
in 1 000 EUR**



\*) in jeweiligen Preisen

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Grafik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

### Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte

Konsumausgaben werden sowohl für die privaten Haushalte (einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) berechnet als auch für den Staat. Im Folgenden werden zunächst – wenn nicht abweichend bezeichnet – nur die Konsumausgaben der privaten Haushalte erläutert.

Die Konsumausgaben entsprechen dem Wert der Waren und Dienstleistungen, die die „Inländer“ (das heißt Haushalte mit Wohnsitz in der betrachteten Region) zur Befriedigung individueller Bedürfnisse erwerben. Neben den tatsächlichen Käufen sind darin auch unterstellte Käufe enthalten. Hierzu zählen in Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit produzierte und im privaten Haushalt des Unternehmers verwendete Erzeugnisse, Dienstleistungen der häuslichen Bediensteten (in Höhe der gezahlten Löhne), die Eigenutzung von Wohnungen (in Höhe der unterstellten Miete), Naturaleinkommen (Deputate) der Arbeitnehmer sowie Aufwendungen für die Verpflegung der Bundeswehr. Von den Prämien an Versicherungsunternehmen geht nur das hierin enthaltene Dienstleistungsentgelt in die Konsumausgaben ein. Die Verkäufe zwischen privaten Haushalten in ihrer Eigenschaft als Konsumenten haben nach den Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen keinen Einfluss auf die Höhe ihrer Konsumausgaben.

Nicht zu den Konsumausgaben der privaten Haushalte, sondern zu den Vorleistungen werden alle Ausgaben von Arbeitgebern für ihre Arbeitnehmer auf Geschäfts- und Dienstreisen gerechnet. Sofern von Selbstständigen gekaufte Güter sowohl in deren Betrieben als auch in ihrem Privatbereich verwendet werden können (zum Beispiel elektrischer Strom, Personenkraftwagen), werden die Käufe auf Vorleistungen bzw. Anlageinvestitionen einerseits und Konsumausgaben andererseits aufgeteilt. Ausgeschlossen aus den Konsumausgaben der privaten Haushalte sind ferner alle Aufwendungen der Eigentümer von Mietwohnungen und Eigenheimen für Reparaturen, die normalerweise vom Vermieter auszuführen sind. Sie gelten als Vorleistungen des Wirtschaftsbereichs Wohnungsvermietung. In diesen

#### Definitionen zu „Konsum“ und „Sparen“ der privaten Haushalte

##### Konsum

Die Konsumausgaben entsprechen dem Wert der Waren und Dienstleistungen, die inländische private Haushalte zur Befriedigung individueller Bedürfnisse erwerben. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch unterstellte Käufe enthalten.

##### Sparen

Das Sparen der privaten Haushalte ist der Teil ihres verfügbaren Einkommens, der nicht konsumiert wird, zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

Konsumausgaben nicht enthalten sind die Aufwendungen der Sozialversicherung und der Sozialhilfe für Medikamente sowie für Arzt-, Krankenhaus- und Pflegeleistungen, die zu den Konsumausgaben des Staates zählen.

Die Privaten Konsumausgaben umfassen neben den Käufen der privaten Haushalte auch die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (Kirchen, Gewerkschaften, politische Parteien, karitative Organisationen, wissenschaftliche Gesellschaften, Sportvereine usw.). Deren Konsumausgaben sind der Teil der Produktionsleistungen dieser Organisationen, der nicht an andere Sektoren (Staat, private Haushalte, Kapitalgesellschaften) verkauft oder als selbst erstellte Anlage genutzt wird. Bei den Verkäufen an den Staat handelt es sich in erster Linie um Verkäufe der Sozialeinrichtungen an die Sozialversicherung. Bei den Verkäufen an private Haushalte sind es insbesondere deren Ausgaben für die Pflege und die Unterbringung in Heimen und für den Unterricht in Schulen dieser Organisationen.

Das Sparen der privaten Haushalte ist der Teil des verfügbaren Einkommens, der nicht konsumiert wird, zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. Die Berücksichtigung der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche hat den Zweck, in der Ersparnis die Veränderung der Alterssicherungsansprüche einzubeziehen, auf die ein fester Anspruch besteht und die durch Prämien- und Beitragszahlungen entstehen.

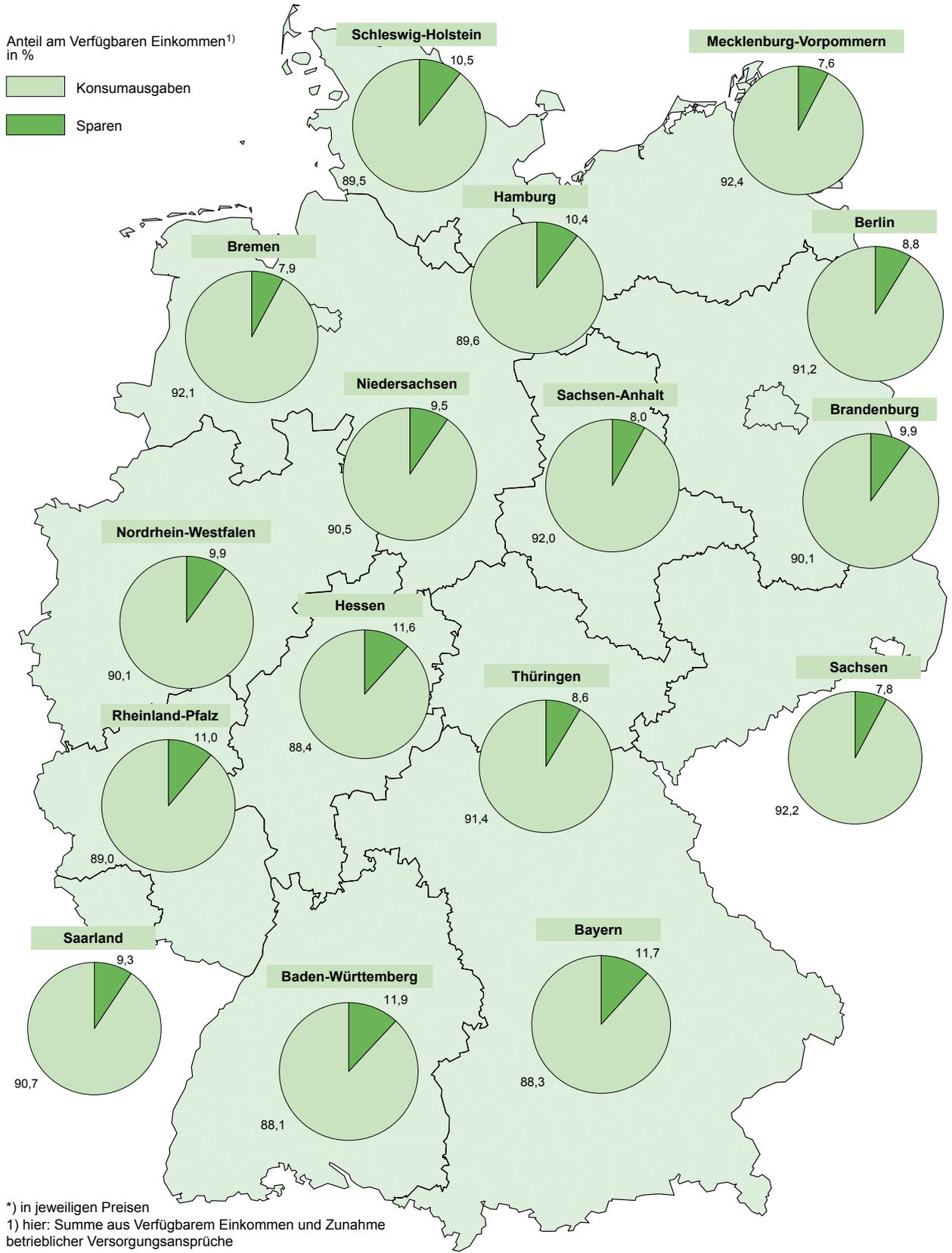
Die Relation aus Sparen und verfügbarem Einkommen, letzteres erhöht um die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche, wird als Sparquote bezeichnet.

Nach internationalen Konventionen werden die Konsumausgaben der privaten Haushalte einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck sowie das Sparen als Verwendungsaggregat des Bruttoinlandsprodukts nach dem Inländerkonzept ausgewiesen, das heißt die Ausgaben der Inländer in der übrigen Welt sind einbezogen, nicht dagegen die Ausgaben der Gebietsfremden im Inland.

Ausgangspunkt der Berechnungen zu den Konsumausgaben der privaten Haushalte ist das verfügbare Einkommen, das den privaten Haushalten letztendlich zufließt und das sie für Konsum- und Sparzwecke verwenden können. Zur Ermittlung der Konsumausgaben werden insbesondere regional vorhandene Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS), des Mikrozensus und der Bevölkerungsstatistik herangezogen.

Werden die Konsumausgaben der privaten Haushalte auf die Einwohnerzahl der Region bezogen, so ist die gleiche Problematik wie beim verfügbaren Einkommen je Einwohner (zum Beispiel Altersstruktur und Haushaltsgröße) zu beachten.

### Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte\*) 2011 nach Bundesländern



Veröffentlichungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der

Zeitpunkt	Dezember 12	Januar 13	Februar 13
<b>Anfang</b>		<p><b>Kostenlose Veröffentlichungen abrufbar unter <a href="http://www.vgrdl.de">www.vgrdl.de</a>:</b></p> <p> Globale Indikatoren auf Länderebene (als HTML-Datei)</p> <p> Gemeinschaftsveröffentlichungen: (tiefergehendes Datenmaterial im kostenlosen Download als Excel-Dateien)</p> <p> Broschüre bzw. Faltblatt (als PDF-Datei im kostenlosen Download)</p> <p>Hinweise:                      Weitere Veröffentlichungen in Form von Statistischen Berichten durch die jeweiligen Statistischen Ämter der Länder.                      Die Berechnung der Erwerbstätigenzahlen obliegt dem Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR).</p>	
<b>Mitte</b>	Bruttoanlageinvestitionen Länderergebnisse 2009 – 2010 Arbeitstabellen 		
	Bruttoanlageinvestitionen 2009 – 2010 		
<b>Ende</b>			Bruttoinlandsprodukt Bruttowertschöpfung Länderergebnisse 1991 – 2010 – Vorbericht – 
			Arbeitnehmerentgelt Bruttolöhne und -gehälter Länderergebnisse 1991 – 2011 – Vorbericht – 
			Bruttoinlandsprodukt Erwerbstätige Einwohner 1991 – 2010
			Arbeitnehmerentgelt Bruttolöhne und -gehälter Arbeitnehmer 1991 – 2011
			Arbeitsvolumen (Erwerbstätige) 2008 – 2010 
			Arbeitsvolumen (Arbeitnehmer) 2008 – 2011 

Länder“ 2012/2013

März 13	April 13	Mai 13	Juni 13
<p>Bruttoanlageinvestitionen Länderergebnisse 1991 – 2010</p>  <p>Bruttoanlageinvestitionen 1991 – 2010</p>  <p>Konsumausgaben des Staates 1991 – 2010</p> 			
	<p>Primäreinkommen der privaten Haushalte 1991 – 2011</p> <p>Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 1991 – 2011</p> 		<p>Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts Länderergebnisse 1991 – 2012</p> 
<p>Bruttoinlandsprodukt Bruttowertschöpfung Länderergebnisse 1991 – 2012</p>  <p>Arbeitnehmerentgelt Bruttolöhne und -gehälter Länderergebnisse 1991 – 2012</p>  <p>Bruttoinlandsprodukt Erwerbstätige Einwohner 1991 – 2012</p> <p>Arbeitsvolumen (Erwerbstätige) 2000 – 2012</p>  <p>Arbeitnehmerentgelt Bruttolöhne und -gehälter Arbeitnehmer 1991 – 2012</p> <p>Arbeitsvolumen (Arbeitnehmer) 2000 – 2012</p> 		<p>Private Konsumausgaben Sparen Sparquote 1991 – 2011</p>  <p>Faltblatt „Gesamtwirtschaftliche Ergebnisse im Bundesländervergleich 2013“</p> 	

August 13	September 13	Oktober 13	November 13	Dezember 13
			<p>Arbeitnehmerentgelt Bruttolöhne und -gehälter Kreisergebnisse 2000 – 2011</p> 	
	<p>Bruttoinlandsprodukt 1. Halbjahr 2013 (Veränderungsraten)</p> 	<p>Bruttonational- einkommen 1991 – 2011</p> 	<p>Einkommen der privaten Haushalte Kreisergebnisse 2000 – 2011</p> 	<p>Anlagevermögen Länderergebnisse 1991 – 2010</p> 
		<p>Bruttoinlandsprodukt Bruttowertschöpfung Kreisergebnisse 2000 – 2011</p> 	<p>Bruttoanlage- investitionen Länderergebnisse 1991 – 2011</p> 	<p>Kapitalstock 1991 – 2010</p> 
			<p>Bruttoanlage- investitionen 1991 – 2011</p> 	<p>Broschüre „Zusammenhänge, Bedeutung und Ergeb- nisse – Ausgabe 2013</p> 

**Anschriftenverzeichnis der Mitglieder des Arbeitskreises  
„Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“**

Statistisches Landesamt  
Baden-Württemberg  
Böblinger Straße 68  
70199 Stuttgart  
Telefon 0711 641 - 26 50  
Telefax 0711 641 - 24 79  
[vgr@stala.bwl.de](mailto:vgr@stala.bwl.de)

Bayerisches Landesamt für Statistik  
und Datenverarbeitung  
St.-Martin-Straße 47  
81541 München  
Telefon 089 2119 - 33 94  
Telefax 089 2119 - 1 33 94, - 1 33 77  
[vgr@lfstad.bayern.de](mailto:vgr@lfstad.bayern.de)

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg  
Standort Berlin  
Alt-Friedrichsfelde 60  
10315 Berlin  
Telefon 030 9021 - 37 40  
Telefax 030 9021 - 37 75  
[vgr@statistik-bbb.de](mailto:vgr@statistik-bbb.de)

Statistisches Landesamt Bremen  
An der Weide 14 – 16  
28195 Bremen  
Telefon 0421 361 - 21 42  
Telefax 0421 361 - 64 80  
[vgr@statistik.bremen.de](mailto:vgr@statistik.bremen.de)

Statistisches Amt  
Mecklenburg-Vorpommern  
Lübecker Straße 287  
19059 Schwerin  
Telefon 0385 588 - 5 60 41  
Telefax 0385 588 - 5 69 73  
[vgr@statistik-mv.de](mailto:vgr@statistik-mv.de)

Hessisches Statistisches Landesamt  
Rheinstraße 35/37  
65185 Wiesbaden  
Telefon 0611 3802 - 8 25  
Telefax 0611 3802 - 8 90  
[vgr@statistik-hessen.de](mailto:vgr@statistik-hessen.de)

Statistisches Amt für Hamburg  
und Schleswig-Holstein  
Standort Hamburg  
Steckelhörn 12  
20457 Hamburg  
Telefon 040 42831 - 18 30  
Telefax 040 4279 - 6 43 20  
[vgr-hh@statistik-nord.de](mailto:vgr-hh@statistik-nord.de)

Statistisches Amt für Hamburg  
und Schleswig-Holstein Standort Kiel  
Fröbelstraße 15 – 17  
24113 Kiel  
Telefon 0431 6895 - 91 96  
Telefax 0431 6895 - 94 98  
[vgr-sh@statistik-nord.de](mailto:vgr-sh@statistik-nord.de)

Landesbetrieb für Statistik und  
Kommunikationstechnologie Niedersachsen  
Göttinger Chaussee 76  
30453 Hannover  
Telefon 0511 9898 - 13 14  
Telefax 0511 9898 - 43 21  
[vgr@lskn.niedersachsen.de](mailto:vgr@lskn.niedersachsen.de)

Information und Technik NRW  
Geschäftsbereich Statistik  
Mauerstraße 51  
40476 Düsseldorf  
Telefon 0211 9449 - 29 59  
Telefax 0211 44 20 06  
[vgr@it.nrw.de](mailto:vgr@it.nrw.de)

LZD – Statistisches Amt Saarland  
Virchowstraße 7  
66119 Saarbrücken  
Telefon 0681 501 - 59 48  
Telefax 0681 501 - 58 74  
[vgr.statistik@lzd.saarland.de](mailto:vgr.statistik@lzd.saarland.de)

Statistisches Landesamt  
Rheinland-Pfalz  
Mainzer Straße 14 – 16  
56130 Bad Ems  
Telefon 02603 71 - 46 60  
Telefax 02603 71 - 39 80  
[werner.kertels@statistik.rlp.de](mailto:werner.kertels@statistik.rlp.de)

Statistisches Landesamt  
des Freistaates Sachsen  
Garnisonsplatz 13  
01917 Kamenz  
Telefon 03578 333 - 4 00  
Telefax 03578 333 - 4 98  
[akvgr@statistik.sachsen.de](mailto:akvgr@statistik.sachsen.de)

Statistisches Landesamt  
Sachsen-Anhalt  
Merseburger Straße 2  
06112 Halle  
Telefon 0345 2318 - 3 05  
Telefax 0345 2318 - 9 23  
[buggisch@stala.mi.sachsen-anhalt.de](mailto:buggisch@stala.mi.sachsen-anhalt.de)

Thüringer Landesamt für Statistik  
Europaplatz 3  
99091 Erfurt  
Telefon 0361 3784 - 2 10  
Telefax 0361 3784 - 6 99  
[juergen.hess@statistik.thueringen.de](mailto:juergen.hess@statistik.thueringen.de)

Statistisches Bundesamt  
Gustav-Stresemann-Ring 11  
65189 Wiesbaden  
Telefon 0611 75 - 29 97  
Telefax 0611 75 - 39 52  
[vgr-bip-entstehung@destatis.de](mailto:vgr-bip-entstehung@destatis.de)

Bürgeramt, Statistik und Wahlen  
Zeil 3  
60313 Frankfurt am Main  
Telefon 069 212 - 3 34 22  
Telefax 069 212 - 3 63 01  
[gabriele.gutberlet@stadt-frankfurt.de](mailto:gabriele.gutberlet@stadt-frankfurt.de)

Länderübergreifende Datenanfragen, die über den unter [www.vgrdl.de](http://www.vgrdl.de) dargestellten Umfang an regionalen VGR-Daten hinausgehen, richten Sie bitte an die Federführung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ unter [vgr@stala.bwl.de](mailto:vgr@stala.bwl.de).





## Tabellenanhang

### Ausgewählte Indikatoren im Zeitvergleich

Auszug aus dem Veröffentlichungsprogramm des Arbeitskreises  
„Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Tiefer gegliederte Ergebnisse – nach Wirtschaftsbereichen sowie Kreisergebnisse –  
bietet der Arbeitskreis im Internet unter [www.vgrdl.de](http://www.vgrdl.de) zum kostenlosen Download an.

### Hinweise:

Im Rahmen der VGR-Revision 2011 wurde nur bis 1991 zurückgerechnet. Die Angaben vor 1991 sind methodisch mit den Revisionsergebnissen ab 1991 nicht vergleichbar und werden daher in den nachfolgenden Tabellen nicht ausgewiesen.

Die neuen Bevölkerungszahlen auf Basis des Zensus 2011 sowie zur Erwerbsbeteiligung werden – soweit verfügbar – zur Revision 2014 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in die Zeitreihen integriert. Die hier verwendeten Angaben zu den Einwohnern basieren auf Daten der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage früherer Zählungen.

## 1. Wirtschaftswachstum\*) seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
<b>Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in %</b>									
1991	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1992	0,9	2,3	3,9	9,1	- 0,7	0,1	1,3	8,7	1,4
1993	- 4,1	- 1,8	2,7	12,7	- 3,7	0,4	- 1,9	10,5	- 1,7
1994	2,0	1,8	1,6	11,3	1,5	1,0	0,9	11,4	1,7
1995	1,6	0,9	1,5	7,4	0,2	0,8	1,1	7,3	- 0,7
1996	1,1	1,2	- 1,6	3,5	- 0,3	2,1	2,1	2,9	- 0,0
1997	1,8	2,1	- 2,1	2,5	2,9	3,4	1,5	1,8	1,7
1998	2,3	3,4	0,0	1,0	0,3	0,9	1,7	- 0,5	2,1
1999	2,6	2,6	- 0,7	4,1	- 0,5	1,5	2,9	2,4	1,0
2000	3,6	4,8	1,1	2,7	4,6	3,2	3,9	- 0,2	2,6
2001	3,0	2,3	- 0,8	0,4	1,5	4,8	2,1	- 0,6	- 0,4
2002	- 1,1	1,7	- 1,9	- 0,5	1,3	0,8	- 1,3	- 0,3	- 1,3
2003	- 0,4	0,0	- 2,3	- 0,3	0,6	- 3,1	0,3	- 0,7	0,3
2004	0,5	1,9	- 1,5	1,7	- 0,4	1,3	0,1	1,4	1,4
2005	0,3	1,3	1,5	1,3	0,6	0,7	0,5	0,6	2,2
2006	6,0	3,9	4,0	2,6	3,9	2,1	3,1	1,7	3,6
2007	3,8	3,6	3,2	1,5	1,8	2,2	2,8	4,3	2,9
2008	0,3	0,3	4,2	1,6	0,9	3,8	0,9	1,2	1,8
2009	- 9,2	- 3,9	- 0,6	- 3,0	- 7,2	- 1,9	- 7,3	- 0,0	- 4,1
2010	7,0	4,6	2,3	3,9	5,5	1,7	2,7	0,4	4,7
2011	4,8	4,6	2,0	2,0	1,0	0,3	3,3	0,6	2,5
2012	0,6	0,7	1,2	0,5	1,2	1,2	0,9	1,9	0,9

\*) Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2012/Februar 2013.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

## Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in %

.	.	.	.	.	.	.	.	1991
0,8	0,2	- 0,4	9,6	9,8	1,4	18,0	1,9	1992
- 2,7	- 3,2	- 4,6	13,0	13,1	- 1,5	13,3	- 1,0	1993
1,1	1,3	2,7	13,0	10,6	0,7	12,4	2,5	1994
1,6	1,5	2,5	7,8	3,9	1,8	3,4	1,7	1995
- 0,2	- 0,5	- 2,8	2,8	2,8	1,2	2,8	0,8	1996
1,8	2,2	1,6	- 0,1	2,9	2,2	3,3	1,7	1997
2,0	0,5	2,5	0,8	0,3	0,7	1,5	1,9	1998
1,3	2,2	2,6	1,5	1,5	1,1	2,5	1,9	1999
2,6	2,4	4,7	0,1	1,0	2,6	1,3	3,1	2000
1,2	- 0,8	1,8	1,6	- 0,6	1,6	0,9	1,5	2001
0,5	0,9	- 1,4	1,6	1,9	- 1,9	- 0,5	0,0	2002
- 0,9	- 0,2	- 0,3	0,9	- 0,5	0,3	1,1	- 0,4	2003
1,3	2,3	3,4	2,0	1,2	1,3	1,9	1,2	2004
0,1	0,1	3,3	- 0,1	0,1	0,2	0,3	0,7	2005
2,9	3,6	3,1	4,1	3,2	3,0	3,2	3,7	2006
4,1	2,3	2,1	2,7	2,3	1,6	2,8	3,3	2007
1,4	0,4	0,3	- 0,1	- 0,1	3,0	- 0,3	1,1	2008
- 5,0	- 4,1	- 10,8	- 4,3	- 5,4	- 2,4	- 5,4	- 5,1	2009
3,8	4,6	5,4	2,9	4,1	0,7	4,7	4,2	2010
2,1	2,7	5,0	2,4	- 0,1	2,6	3,1	3,0	2011
0,4	0,9	- 0,4	- 0,3	0,5	0,9	- 0,3	0,7	2012

## 2. Bruttoinlandsprodukt – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
<b>Bruttoinlandsprodukt in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)</b>									
1991	231 347	252 872	65 739	19 507	18 514	59 751	145 244	14 238	139 891
1992	244 463	270 698	72 643	24 425	19 151	62 302	153 730	17 729	148 512
1993	242 583	275 537	77 862	29 615	19 144	64 613	156 419	21 132	151 435
1994	252 372	287 198	80 794	34 320	19 889	66 852	161 582	24 571	158 367
1995	261 815	295 806	83 173	37 524	20 345	68 622	166 543	26 763	160 637
1996	266 926	301 197	82 193	39 240	20 370	70 169	170 974	27 785	161 632
1997	272 056	308 370	80 960	40 259	21 106	72 666	174 229	28 356	164 451
1998	280 338	320 510	80 982	41 141	21 319	74 243	177 486	28 290	169 777
1999	289 150	329 847	81 070	42 755	21 315	74 803	184 157	29 008	172 402
2000	296 623	342 486	81 518	43 859	22 222	76 426	188 394	29 193	177 232
2001	309 209	352 466	82 117	44 792	22 885	80 677	195 057	29 651	179 542
2002	311 982	362 544	82 095	45 136	23 497	82 092	196 502	29 710	178 754
2003	314 649	363 997	81 195	45 285	23 977	82 020	200 689	29 772	180 518
2004	319 205	373 973	80 999	46 660	24 124	84 007	203 599	30 452	184 627
2005	321 597	379 918	82 853	47 489	24 488	85 423	206 143	30 731	189 756
2006	341 332	395 615	86 394	49 337	25 621	86 852	212 450	31 515	197 840
2007	359 916	415 975	90 661	51 353	26 528	89 740	220 686	33 241	206 220
2008	363 852	419 468	95 097	53 064	26 896	92 406	223 286	34 106	212 117
2009	337 897	411 123	95 731	51 878	24 622	88 607	211 323	33 605	203 228
2010	364 059	433 587	98 979	54 689	26 364	92 038	218 331	34 682	215 539
2011	382 836	456 273	101 141	56 475	26 956	93 447	226 180	35 477	224 287
2012	389 493	465 502	103 604	57 774	27 693	95 815	229 747	36 885	230 021

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2012/Februar 2013.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
<b>Bruttoinlandsprodukt in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)</b>								
370 504	73 723	20 958	35 818	20 215	49 566	16 715	1 534 600	1991
390 440	77 158	21 821	44 754	25 529	52 485	22 560	1 648 400	1992
393 083	77 256	21 517	54 303	31 188	53 683	27 528	1 696 900	1993
405 979	80 424	22 534	63 492	36 012	55 598	32 216	1 782 200	1994
420 775	83 705	23 498	69 589	38 135	57 728	33 843	1 848 500	1995
422 029	83 886	22 910	72 156	39 600	58 744	35 189	1 875 000	1996
431 251	85 969	23 309	72 339	40 748	60 090	36 439	1 912 600	1997
442 317	87 043	23 749	73 138	41 270	60 945	37 152	1 959 700	1998
446 341	89 186	24 126	74 468	41 739	61 602	38 229	2 000 200	1999
455 454	91 085	24 926	74 253	42 136	63 022	38 671	2 047 500	2000
464 865	91 730	25 371	76 467	42 665	64 830	39 577	2 101 900	2001
473 363	93 880	25 423	79 021	44 060	64 151	39 990	2 132 200	2002
475 132	94 505	25 652	80 337	44 173	64 972	40 627	2 147 500	2003
487 566	97 421	26 872	82 851	45 265	66 291	41 787	2 195 700	2004
492 752	97 883	28 203	83 079	45 544	66 566	41 974	2 224 400	2005
509 170	101 655	29 385	86 897	47 448	68 858	43 530	2 313 900	2006
541 009	105 981	30 751	90 647	49 652	70 581	45 559	2 428 500	2007
553 972	107 654	31 150	91 526	50 306	72 932	45 968	2 473 800	2008
531 482	104 946	28 116	88 849	48 080	70 864	44 149	2 374 500	2009
555 039	110 711	29 779	92 417	50 688	72 564	46 733	2 496 200	2010
572 275	114 932	31 503	95 383	51 474	75 389	48 573	2 592 600	2011
582 054	117 659	31 709	96 608	52 810	77 275	49 250	2 643 900	2012

### 3. Arbeitsproduktivität\*) seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
<b>Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in EUR (in jeweiligen Preisen)</b>									
1991	44 740	41 953	38 683	16 356	46 197	58 466	49 281	16 976	42 541
1992	46 815	44 353	43 415	22 951	47 259	59 986	51 495	23 473	44 531
1993	47 184	45 524	46 722	28 628	47 852	62 522	52 890	28 544	45 648
1994	49 596	47 524	48 852	32 219	50 312	64 960	55 000	32 195	47 645
1995	51 380	48 949	50 293	34 431	52 641	67 499	56 827	34 090	47 868
1996	52 110	49 986	50 493	36 061	53 472	69 513	58 110	35 803	48 200
1997	52 888	51 164	50 824	37 081	55 270	72 520	59 358	37 227	48 988
1998	53 752	52 154	51 249	38 090	56 164	73 345	59 904	37 332	50 185
1999	54 554	52 773	51 366	39 485	55 771	73 085	61 239	38 048	49 972
2000	54 570	53 879	51 001	40 715	56 787	73 396	61 319	38 570	50 220
2001	56 144	54 924	51 608	42 409	57 852	76 568	62 892	39 888	50 780
2002	56 681	56 703	52 403	43 649	59 710	78 452	63 641	40 550	50 573
2003	57 576	57 456	52 556	44 401	61 272	79 179	65 755	41 334	51 159
2004	58 309	59 004	52 168	45 627	61 339	80 850	66 564	42 406	52 068
2005	58 685	59 738	53 349	46 831	62 323	81 600	67 658	42 923	53 749
2006	62 000	61 721	54 872	48 543	64 563	82 216	69 597	43 721	55 750
2007	64 276	63 676	56 425	49 611	65 816	83 017	71 360	45 359	57 089
2008	64 054	63 315	58 147	50 602	66 331	83 799	71 503	46 210	57 978
2009	59 965	61 854	57 486	48 886	61 055	79 167	67 354	45 341	55 192
2010	64 498	64 635	58 672	51 191	65 378	81 566	69 421	47 011	58 208
2011	66 752	66 759	59 010	52 715	65 858	81 731	70 819	48 506	59 536
2012	67 066	67 013	58 892	53 805	66 881	82 485	71 152	50 598	60 225

\*) Bruttoinlandsprodukt – in jeweiligen Preisen – je Erwerbstätigen.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2012/Februar 2013.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

**Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in EUR (in jeweiligen Preisen)**

46 181	44 078	44 060	15 900	15 887	41 129	13 668	39 641	1991
48 263	45 858	45 735	22 775	22 608	43 210	21 639	43 171	1992
49 242	46 438	45 852	28 492	28 262	44 554	26 948	45 017	1993
51 408	48 402	48 227	32 367	31 919	46 273	30 697	47 315	1994
53 467	50 104	49 978	34 492	33 252	47 823	31 843	48 900	1995
53 454	50 023	48 555	35 807	35 162	48 450	33 569	49 640	1996
54 302	51 187	49 396	36 403	36 965	49 671	35 168	50 711	1997
54 693	51 017	49 443	36 836	37 584	50 140	35 093	51 371	1998
54 064	51 265	49 018	37 300	38 462	49 833	35 442	51 657	1999
53 755	51 160	49 461	37 462	39 771	50 109	36 248	51 991	2000
54 743	51 255	50 258	39 294	41 098	51 278	37 744	53 233	2001
56 026	52 258	50 544	41 216	43 250	51 192	38 974	54 314	2002
56 742	52 811	51 049	42 047	43 900	52 575	40 357	55 180	2003
57 921	54 005	53 073	43 305	45 108	53 599	41 385	56 251	2004
58 644	54 226	55 622	43 785	46 056	53 923	41 941	57 071	2005
60 410	55 953	58 100	45 382	47 584	55 465	43 262	59 040	2006
63 171	57 203	60 516	46 662	49 183	55 920	44 589	60 930	2007
63 911	57 268	61 080	46 924	49 470	57 055	44 741	61 312	2008
61 528	55 905	55 621	45 770	47 559	55 238	43 167	58 818	2009
63 841	58 677	58 484	47 274	49 995	56 328	45 344	61 478	2010
64 862	60 192	61 051	48 581	50 858	57 827	46 869	62 982	2011
65 376	61 096	61 174	48 946	52 619	58 952	47 472	63 535	2012

#### 4. Arbeitnehmerentgelt (Inland) seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
<b>Arbeitnehmerentgelt in Mill. EUR (Inland)</b>									
1991	128 909	138 307	38 061	15 564	10 382	29 327	76 463	10 734	74 375
1992	138 766	151 169	41 361	17 763	10 995	31 666	82 933	12 137	80 508
1993	138 185	154 364	43 857	19 853	11 093	32 223	84 446	13 653	81 678
1994	140 228	158 265	44 838	21 721	11 134	32 799	85 842	14 974	82 880
1995	145 068	162 989	46 227	23 477	11 253	33 171	88 348	16 230	85 956
1996	146 494	164 170	45 943	23 866	11 197	33 263	89 081	16 324	86 451
1997	147 651	165 542	45 115	23 880	11 194	33 225	88 991	16 128	86 993
1998	151 550	170 937	45 489	23 940	11 305	33 748	90 805	16 236	88 860
1999	156 469	175 970	45 704	24 345	11 470	34 299	93 288	16 628	91 061
2000	164 774	184 092	46 602	24 538	11 684	35 321	97 689	16 718	94 805
2001	170 314	190 008	46 734	24 334	11 990	36 400	100 363	16 549	96 002
2002	172 320	192 248	46 221	24 053	11 922	36 428	101 311	16 478	96 338
2003	173 629	192 641	45 635	23 777	12 112	36 408	102 117	16 379	97 203
2004	174 181	193 622	45 586	23 697	12 072	36 707	101 814	16 329	97 217
2005	173 448	193 074	45 081	23 563	12 035	37 121	100 721	16 393	95 380
2006	177 676	197 307	45 352	23 751	12 346	37 745	102 582	16 417	97 903
2007	182 146	203 969	46 483	24 539	12 622	38 929	105 925	16 870	99 750
2008	187 697	212 150	48 269	25 395	13 122	40 535	109 834	17 293	102 971
2009	183 998	211 549	49 540	25 998	13 101	41 480	109 600	17 648	104 454
2010	189 999	219 365	51 218	26 813	13 267	42 169	111 922	17 856	107 752
2011	199 887	231 018	53 617	27 628	13 894	43 483	117 068	18 272	112 669
2012	208 256	240 940	55 766	28 104	14 322	45 313	119 017	18 997	117 555

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2012/Februar 2013.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

**Arbeitnehmerentgelt in Mill. EUR (Inland)**

202 087	38 124	11 476	28 369	15 914	25 767	14 971	858 830	1991
217 000	41 199	12 298	31 868	18 049	27 798	16 269	931 780	1992
218 919	41 660	12 346	35 207	20 205	28 285	18 037	954 010	1993
221 210	42 738	12 546	38 648	22 056	28 981	19 629	978 490	1994
227 785	44 194	12 887	42 311	23 695	30 055	20 922	1 014 570	1995
230 146	44 623	12 983	43 051	23 709	30 436	21 122	1 022 860	1996
232 053	44 913	12 968	42 636	23 382	30 414	21 115	1 026 200	1997
236 449	45 904	13 336	42 804	23 465	30 636	21 756	1 047 220	1998
242 544	46 914	13 761	43 577	23 598	31 386	22 695	1 073 710	1999
252 201	48 916	14 399	43 886	23 196	32 442	22 827	1 114 090	2000
255 086	49 680	14 828	43 863	23 034	33 029	22 895	1 135 110	2001
256 791	50 125	14 691	43 636	22 975	33 143	22 829	1 141 510	2002
256 408	50 466	14 762	44 040	22 839	33 071	22 762	1 144 250	2003
257 677	50 826	14 894	44 140	22 835	32 930	22 961	1 147 490	2004
255 946	50 280	14 903	43 555	22 601	32 502	22 827	1 139 430	2005
257 052	51 132	15 048	44 060	22 784	32 739	23 086	1 156 980	2006
262 190	52 365	15 325	45 350	23 211	33 549	23 726	1 186 950	2007
272 207	54 202	15 482	47 014	24 191	34 481	24 558	1 229 400	2008
273 650	54 779	15 172	47 439	24 637	34 796	24 587	1 232 430	2009
281 105	56 497	15 900	49 146	25 353	35 421	25 497	1 269 280	2010
293 288	58 758	16 665	50 948	26 182	36 480	26 443	1 326 300	2011
306 279	60 207	16 914	52 121	26 730	37 998	27 002	1 375 520	2012

## 5. Lohnkosten\*) seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
<b>Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in EUR (Inland)</b>									
1991	27 642	26 383	24 170	13 730	27 470	31 104	28 629	13 370	25 322
1992	29 455	28 409	26 842	17 878	28 867	33 138	30 666	17 053	26 956
1993	29 885	29 268	28 726	20 698	29 662	34 043	31 580	19 755	27 515
1994	30 733	30 078	29 822	22 079	30 255	34 868	32 378	21 144	27 894
1995	31 802	31 019	30 876	23 336	31 325	35 748	33 503	22 291	28 652
1996	32 003	31 402	31 358	23 828	31 626	36 165	33 760	22 735	28 889
1997	32 158	31 664	31 600	23 998	31 496	36 517	33 923	22 906	29 037
1998	32 483	32 012	32 151	24 309	31 975	36 871	34 316	23 181	29 373
1999	32 914	32 336	32 310	24 820	32 318	37 124	34 650	23 630	29 439
2000	33 719	33 095	32 595	25 312	32 160	37 550	35 399	23 977	29 857
2001	34 395	33 730	32 902	25 750	32 721	38 285	36 024	24 322	30 189
2002	34 847	34 252	33 168	26 057	32 825	38 693	36 575	24 732	30 354
2003	35 430	34 683	33 476	26 219	33 669	39 152	37 402	25 155	30 749
2004	35 570	34 945	33 578	26 239	33 696	39 390	37 340	25 284	30 686
2005	35 495	34 856	33 513	26 612	33 929	39 592	37 237	25 669	30 392
2006	36 204	35 303	33 343	26 791	34 450	40 053	37 842	25 615	31 032
2007	36 460	35 783	33 437	27 135	34 512	40 477	38 415	25 891	31 043
2008	36 955	36 648	34 066	27 772	35 411	41 208	39 285	26 334	31 543
2009	36 469	36 404	34 497	28 143	35 490	41 555	39 169	26 803	31 802
2010	37 575	37 339	35 232	28 800	35 963	42 047	39 851	27 262	32 542
2011	38 855	38 515	36 424	29 576	37 160	42 861	41 018	28 174	33 440
2012	39 896	39 412	36 878	29 983	37 824	43 870	41 202	29 349	34 396

\*) Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland).

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2012/Februar 2013.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
<b>Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in EUR (Inland)</b>								
27 557	25 884	26 435	13 312	13 155	24 157	12 968	24 435	1991
29 340	27 752	28 121	17 386	17 012	25 760	16 774	26 956	1992
30 072	28 319	28 698	20 004	19 621	26 445	19 157	28 043	1993
30 799	29 079	29 404	21 395	21 045	27 259	20 414	28 856	1994
31 832	29 886	30 080	22 758	22 280	28 170	21 532	29 844	1995
32 098	30 017	30 308	23 195	22 759	28 433	22 042	30 167	1996
32 213	30 136	30 384	23 396	23 005	28 511	22 326	30 358	1997
32 253	30 312	30 606	23 602	23 210	28 556	22 553	30 630	1998
32 369	30 333	30 710	23 992	23 652	28 729	23 125	30 911	1999
32 723	30 833	31 222	24 442	23 843	29 156	23 615	31 483	2000
33 036	31 164	31 974	24 929	24 253	29 572	24 213	32 006	2001
33 472	31 349	31 844	25 272	24 769	29 988	24 751	32 426	2002
33 828	31 709	32 215	25 748	25 042	30 385	25 225	32 881	2003
33 943	31 732	32 417	25 941	25 252	30 306	25 434	32 996	2004
33 929	31 483	32 510	26 037	25 536	30 096	25 601	32 971	2005
33 991	31 840	32 907	26 154	25 551	30 081	25 795	33 308	2006
34 109	32 032	33 173	26 447	25 651	30 325	26 093	33 569	2007
34 930	32 678	33 247	27 211	26 401	30 796	26 795	34 276	2008
35 145	32 981	32 907	27 621	26 914	30 883	27 098	34 330	2009
35 939	33 775	34 236	28 449	27 601	31 363	27 929	35 150	2010
36 935	34 665	35 367	29 361	28 575	32 001	28 816	36 213	2011
38 200	35 178	35 770	29 874	29 409	33 149	29 445	37 109	2012

## 6. Investitionsquote\*) seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
<b>Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt in % (in jeweiligen Preisen)</b>									
1991	22,6	26,5	20,4	40,1	16,6	15,6	20,1	47,6	23,8
1992	22,1	25,9	21,0	43,5	15,9	17,3	19,6	59,3	22,6
1993	20,8	23,0	20,0	48,5	16,7	16,3	18,8	58,3	20,8
1994	19,4	23,7	18,5	50,7	13,7	14,6	16,6	55,7	20,4
1995	18,0	23,1	18,6	46,0	12,8	13,2	16,9	53,3	20,2
1996	17,9	22,6	22,7	47,3	13,8	13,0	15,6	46,5	19,3
1997	17,3	21,3	26,5	44,0	13,3	13,7	16,2	42,1	20,0
1998	17,7	22,2	21,3	43,1	14,3	14,8	16,5	39,2	20,6
1999	18,0	22,0	20,5	40,2	16,3	13,9	16,8	36,4	21,9
2000	18,9	23,0	18,9	36,8	16,5	15,5	16,6	34,5	21,9
2001	19,3	21,6	17,0	30,1	15,3	17,2	17,0	29,0	20,6
2002	18,1	20,2	14,0	26,5	15,2	18,7	15,2	25,1	19,4
2003	17,1	20,8	12,4	23,6	11,6	17,7	14,4	24,2	20,2
2004	17,6	19,7	13,6	23,2	13,9	21,1	14,5	23,7	17,8
2005	16,7	18,8	15,9	22,4	12,8	22,0	16,0	25,2	16,4
2006	17,8	22,2	15,5	22,8	13,5	22,9	15,6	25,9	16,9
2007	18,0	21,6	16,4	21,4	13,7	25,6	16,8	21,6	17,6
2008	18,7	21,6	15,7	21,8	14,0	26,5	18,5	22,0	16,8
2009	18,4	19,4	13,5	20,2	12,7	20,2	14,7	19,4	18,5
2010	17,4	19,5	13,6	19,8	13,1	24,2	15,9	21,0	17,9

\*) Anteil der Bruttoanlageinvestitionen in jeweiligen Preisen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2012.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

**Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt in % (in jeweiligen Preisen)**

19,6	22,3	20,2	41,6	41,2	20,8	44,5	23,2	1991
19,2	21,3	19,6	40,6	52,1	21,4	50,9	23,5	1992
17,3	20,6	17,8	38,4	51,5	20,2	54,5	22,5	1993
16,9	21,6	18,8	45,3	53,1	21,1	54,3	22,5	1994
16,0	21,6	19,7	44,9	51,8	21,9	49,0	21,9	1995
16,1	19,8	20,1	44,5	44,1	20,4	38,3	21,3	1996
16,0	20,5	20,3	41,9	40,8	20,8	37,5	21,0	1997
16,7	21,5	23,6	38,0	40,0	22,1	35,7	21,1	1998
18,2	21,8	22,8	35,4	35,8	22,8	37,4	21,3	1999
18,7	22,5	22,4	34,6	32,9	22,0	33,4	21,5	2000
18,0	20,5	17,6	26,5	24,9	19,4	30,8	20,1	2001
16,0	20,4	17,9	21,8	22,1	17,2	25,3	18,4	2002
15,1	18,1	17,9	21,8	21,3	17,0	25,5	17,8	2003
14,5	17,4	14,6	22,0	21,3	16,2	21,2	17,4	2004
15,4	17,1	13,9	19,9	19,4	16,1	21,8	17,3	2005
14,9	17,8	15,1	19,6	18,0	18,3	22,2	18,1	2006
15,2	18,9	15,6	22,5	18,6	18,7	23,0	18,4	2007
15,1	18,4	15,3	20,8	18,5	18,6	25,0	18,6	2008
14,3	18,7	13,7	19,1	20,2	17,1	20,4	17,2	2009
14,3	18,1	17,1	20,9	19,0	19,9	18,8	17,4	2010

## 7. Kapitalstock\*) seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
<b>Bruttoanlagevermögen, Kettenindex (2005 = 100)</b>									
1991	76,5	71,7	74,5	·	85,2	71,0	77,7	·	77,2
1992	78,7	74,1	77,0	·	86,6	73,2	79,9	·	79,3
1993	80,6	76,1	79,3	·	88,2	75,1	81,8	·	81,0
1994	82,4	78,2	81,4	·	89,1	76,7	83,4	·	82,8
1995	83,9	80,3	83,4	59,9	89,9	77,9	85,1	64,3	84,5
1996	85,5	82,3	86,1	65,5	90,8	79,1	86,6	69,8	86,0
1997	86,9	84,2	89,4	70,8	91,6	80,5	88,1	74,8	87,6
1998	88,5	86,2	91,8	76,2	92,7	82,1	89,7	79,4	89,4
1999	90,1	88,3	94,0	81,4	94,1	83,5	91,5	83,6	91,4
2000	91,9	90,6	95,9	86,1	95,6	85,3	93,1	87,5	93,4
2001	93,9	92,8	97,3	89,8	96,9	87,6	94,9	90,6	95,1
2002	95,7	94,7	98,2	92,8	98,2	90,3	96,3	93,1	96,5
2003	97,1	96,7	98,6	95,3	98,6	92,8	97,5	95,4	98,1
2004	98,7	98,4	99,1	97,7	99,4	96,3	98,6	97,6	99,2
2005	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2006	101,6	102,3	100,9	102,4	100,8	103,9	101,3	102,5	100,9
2007	103,4	104,4	102,1	104,5	101,6	108,8	102,9	104,3	102,0
2008	105,2	106,5	103,2	106,6	102,5	113,7	104,8	106,2	102,9
2009	106,5	108,0	103,7	108,3	102,8	115,9	105,5	107,4	103,9
2010	107,9	109,6	104,3	110,1	103,3	119,3	106,5	108,9	105,0

\*) Bruttoanlagevermögen (Anlagen) am Jahresende (preisbereinigt, Kettenindex 2005 = 100).

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2012.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

**Bruttoanlagevermögen, Kettenindex (2005 = 100)**

80,0	77,7	82,1	.	.	78,5	.	72,4	1991
82,0	79,5	83,6	.	.	80,3	.	74,8	1992
83,6	81,1	84,8	.	.	81,9	.	77,0	1993
85,1	82,9	86,1	.	.	83,6	.	79,2	1994
86,5	84,7	87,7	64,6	65,5	85,5	63,2	81,4	1995
87,9	86,3	89,1	70,4	71,0	87,2	67,7	83,5	1996
89,2	87,9	90,6	75,9	76,1	89,0	72,4	85,6	1997
90,6	89,7	92,6	80,9	81,3	90,9	76,9	87,7	1998
92,4	91,6	94,4	85,4	85,8	93,0	81,8	89,9	1999
94,2	93,5	96,2	89,8	89,8	94,9	85,9	92,2	2000
95,9	95,2	97,3	92,8	92,4	96,5	89,8	94,2	2001
97,2	96,8	98,3	93,4	94,3	97,6	92,7	95,8	2002
98,2	98,0	99,3	95,8	96,4	98,5	95,7	97,3	2003
99,0	99,1	99,7	98,1	98,4	99,3	97,8	98,7	2004
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	2005
100,9	101,1	100,6	101,9	101,3	101,1	102,3	101,5	2006
101,9	102,4	101,3	104,3	102,8	102,2	104,7	103,2	2007
102,9	103,5	101,9	106,2	104,1	103,3	107,4	104,8	2008
103,5	104,6	101,8	107,6	105,5	104,0	109,0	105,8	2009
104,1	105,8	102,5	109,4	106,8	105,1	110,4	107,1	2010

## 8. Bruttoanlageinvestitionen – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
<b>Bruttoanlageinvestitionen in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)</b>									
1991	52 390	67 121	13 395	7 830	3 078	9 316	29 256	6 784	33 268
1992	53 946	70 039	15 290	10 617	3 050	10 771	30 077	10 514	33 555
1993	50 369	63 374	15 606	14 368	3 204	10 501	29 374	12 322	31 437
1994	49 039	68 055	14 986	17 398	2 730	9 737	26 752	13 674	32 279
1995	47 127	68 188	15 476	17 259	2 604	9 085	28 211	14 262	32 400
1996	47 791	67 977	18 679	18 545	2 801	9 151	26 709	12 908	31 247
1997	46 993	65 583	21 440	17 708	2 813	9 983	28 187	11 942	32 895
1998	49 709	71 015	17 222	17 751	3 058	10 994	29 267	11 100	34 899
1999	51 991	72 453	16 590	17 199	3 470	10 404	30 912	10 544	37 750
2000	56 131	78 656	15 440	16 157	3 669	11 842	31 241	10 059	38 867
2001	59 625	76 075	13 968	13 502	3 501	13 881	33 222	8 601	36 928
2002	56 457	73 132	11 512	11 963	3 563	15 361	29 956	7 463	34 650
2003	53 649	75 569	10 104	10 694	2 783	14 532	28 932	7 206	36 484
2004	56 234	73 818	11 018	10 829	3 362	17 760	29 511	7 216	32 890
2005	53 784	71 313	13 146	10 639	3 144	18 787	33 015	7 759	31 125
2006	60 785	87 815	13 403	11 253	3 453	19 877	33 207	8 164	33 501
2007	64 876	89 766	14 838	11 012	3 631	22 993	37 032	7 196	36 295
2008	68 066	90 627	14 900	11 570	3 754	24 522	41 348	7 506	35 530
2009	62 207	79 693	12 921	10 457	3 137	17 855	31 005	6 506	37 663
2010	63 451	84 617	13 462	10 855	3 452	22 311	34 814	7 273	38 531

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2012.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

**Bruttoanlageinvestitionen in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)**

72 634	16 439	4 232	14 914	8 334	10 324	7 435	356 750	1991
75 039	16 471	4 281	18 154	13 289	11 224	11 494	387 810	1992
68 101	15 945	3 825	20 870	16 049	10 844	15 001	381 190	1993
68 472	17 339	4 243	28 761	19 128	11 737	17 500	401 830	1994
67 430	18 075	4 633	31 212	19 744	12 662	16 582	404 950	1995
67 767	16 582	4 602	32 142	17 448	11 966	13 474	399 790	1996
69 215	17 608	4 741	30 281	16 621	12 510	13 649	402 170	1997
73 734	18 691	5 605	27 819	16 492	13 464	13 268	414 090	1998
81 096	19 422	5 501	26 333	14 949	14 072	14 294	426 980	1999
85 109	20 453	5 589	25 698	13 868	13 868	12 902	439 550	2000
83 552	18 800	4 462	20 227	10 615	12 609	12 171	421 740	2001
75 954	19 125	4 546	17 222	9 737	11 048	10 112	391 800	2002
71 940	17 140	4 581	17 491	9 412	11 075	10 357	381 950	2003
70 780	16 998	3 919	18 234	9 635	10 708	8 878	381 790	2004
75 937	16 696	3 926	16 538	8 818	10 693	9 130	384 450	2005
76 067	18 053	4 441	17 022	8 523	12 600	9 654	417 820	2006
82 112	20 028	4 812	20 367	9 228	13 230	10 463	447 880	2007
83 755	19 860	4 765	18 996	9 293	13 543	11 496	459 530	2008
75 900	19 668	3 859	16 947	9 709	12 101	9 022	408 650	2009
79 119	20 082	5 077	19 352	9 654	14 411	8 800	435 260	2010

## 9. Verfügbares Einkommen\*) seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
<b>Verfügbares Einkommen*) in Mill. EUR</b>									
1991	142 819	163 517	45 023	19 663	9 162	24 659	79 452	13 043	94 674
1992	151 393	174 178	47 186	23 873	9 569	26 054	84 106	15 712	101 225
1993	153 583	179 335	49 194	26 933	9 678	26 587	86 676	17 932	104 247
1994	157 193	185 721	50 149	28 976	9 679	27 133	89 108	19 301	107 858
1995	159 821	189 682	51 839	30 580	9 621	27 169	91 139	20 681	110 498
1996	163 273	193 241	50 955	32 028	9 787	27 593	92 815	21 139	112 521
1997	167 117	197 148	50 161	32 823	10 071	28 209	93 969	21 498	114 014
1998	170 541	202 225	49 426	33 740	10 363	28 557	95 889	21 834	115 121
1999	175 026	206 372	50 191	34 923	10 495	28 937	97 650	22 614	117 951
2000	178 752	210 210	50 080	35 788	10 633	29 216	99 231	23 009	119 927
2001	187 030	219 424	50 969	36 857	11 075	30 870	103 840	23 637	124 274
2002	189 974	223 240	51 044	37 190	10 832	30 878	105 201	23 829	124 736
2003	195 192	229 221	51 779	37 807	10 895	31 497	107 410	24 195	127 726
2004	198 648	233 817	52 070	38 469	10 895	32 773	108 853	24 705	129 160
2005	204 808	239 737	53 198	38 996	11 560	34 261	110 098	24 999	132 476
2006	211 492	245 978	54 556	39 683	11 803	35 592	113 292	25 394	135 569
2007	214 849	252 998	55 148	40 160	11 915	35 944	114 912	25 405	137 324
2008	220 098	260 685	56 423	41 192	12 773	36 119	117 488	25 920	141 132
2009	217 158	255 944	56 007	41 752	12 716	35 759	116 484	26 104	141 462
2010	224 045	266 694	57 247	42 567	12 965	37 038	120 035	26 385	145 616
2011	233 462	277 478	58 896	43 436	13 424	38 199	124 296	26 724	150 226

\*) der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck (Ausgabenkonzept).

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2012.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

**Verfügbares Einkommen\*) in Mill. EUR**

240 607	49 977	12 485	34 885	20 071	36 206	18 887	1 005 130	1991
252 262	53 108	13 357	41 860	23 846	38 180	22 062	1 077 970	1992
259 291	54 471	13 761	47 059	27 082	39 113	24 819	1 119 760	1993
266 486	56 552	14 221	50 809	29 378	40 293	26 533	1 159 390	1994
271 373	57 829	14 416	54 870	31 601	41 090	28 399	1 190 610	1995
275 280	59 211	14 656	56 632	32 278	42 105	29 195	1 212 710	1996
279 460	60 086	14 739	57 219	32 612	42 658	29 687	1 231 470	1997
282 375	61 243	14 983	58 065	33 137	43 003	30 708	1 251 210	1998
286 396	62 735	15 472	59 913	34 113	43 839	32 034	1 278 660	1999
291 190	64 482	15 919	60 912	34 413	44 354	32 584	1 300 700	2000
299 192	66 942	16 673	62 597	35 053	45 778	33 569	1 347 780	2001
302 463	68 234	16 824	63 350	35 121	46 570	33 774	1 363 260	2002
309 396	70 240	17 222	64 445	35 422	47 964	34 207	1 394 620	2003
315 948	71 611	17 550	65 428	35 666	48 793	34 614	1 419 000	2004
320 407	73 613	17 847	65 242	35 779	50 423	34 687	1 448 130	2005
324 300	75 674	17 909	66 588	36 233	51 051	35 406	1 480 520	2006
327 180	77 048	18 081	67 288	36 277	52 102	35 738	1 502 370	2007
337 918	78 174	18 073	68 229	37 198	53 583	36 244	1 541 250	2008
337 452	78 204	17 839	68 600	37 481	53 854	36 323	1 533 140	2009
346 948	80 446	18 505	69 994	38 134	55 283	36 987	1 578 890	2010
357 804	82 855	19 044	71 330	38 711	56 515	37 740	1 630 140	2011

## 10. Verfügbares Einkommen\*) je Einwohner seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
<b>Verfügbares Einkommen*) je Einwohner in EUR</b>									
1991	14 427	14 186	13 093	7 675	13 425	14 849	13 709	6 837	12 748
1992	15 028	14 917	13 659	9 385	13 979	15 534	14 308	8 388	13 455
1993	15 063	15 174	14 174	10 579	14 146	15 644	14 568	9 682	13 687
1994	15 336	15 619	14 422	11 429	14 192	15 918	14 921	10 507	14 047
1995	15 524	15 868	14 935	12 045	14 151	15 914	15 206	11 312	14 265
1996	15 783	16 082	14 699	12 573	14 419	16 151	15 423	11 613	14 434
1997	16 089	16 352	14 560	12 804	14 897	16 522	15 580	11 854	14 560
1998	16 386	16 755	14 476	13 069	15 446	16 780	15 897	12 108	14 660
1999	16 751	17 031	14 791	13 464	15 764	16 997	16 158	12 604	14 971
2000	17 036	17 248	14 799	13 762	16 075	17 083	16 379	12 904	15 159
2001	17 710	17 868	15 057	14 195	16 772	17 937	17 099	13 371	15 652
2002	17 870	18 064	15 056	14 379	16 409	17 875	17 289	13 601	15 651
2003	18 279	18 489	15 267	14 676	16 440	18 179	17 636	13 923	15 991
2004	18 556	18 812	15 371	14 973	16 437	18 876	17 876	14 316	16 150
2005	19 090	19 248	15 684	15 218	17 432	19 696	18 066	14 595	16 560
2006	19 696	19 712	16 046	15 545	17 769	20 355	18 636	14 935	16 969
2007	19 993	20 232	16 184	15 801	17 963	20 403	18 923	15 062	17 210
2008	20 471	20 820	16 476	16 285	19 294	20 389	19 356	15 500	17 728
2009	20 207	20 469	16 307	16 593	19 239	20 111	19 214	15 756	17 819
2010	20 844	21 297	16 608	16 976	19 631	20 807	19 794	16 026	18 373
2011	21 679	22 086	16 927	17 382	20 332	21 313	20 452	16 317	18 972

\*) der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck (Ausgabenkonzept).

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2012.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

**Verfügbares Einkommen\*) je Einwohner in EUR**

13 810	13 191	11 617	7 388	7 045	13 736	7 288	12 567	1991
14 341	13 786	12 371	8 975	8 489	14 342	8 644	13 375	1992
14 631	13 953	12 688	10 178	9 713	14 558	9 781	13 794	1993
14 985	14 359	13 123	11 055	10 611	14 921	10 510	14 239	1994
15 206	14 591	13 303	11 992	11 490	15 123	11 312	14 580	1995
15 367	14 856	13 527	12 430	11 817	15 410	11 694	14 808	1996
15 558	14 984	13 614	12 614	12 015	15 512	11 949	15 008	1997
15 713	15 235	13 912	12 885	12 320	15 574	12 432	15 253	1998
15 925	15 574	14 425	13 389	12 811	15 822	13 045	15 577	1999
16 177	15 999	14 882	13 711	13 070	15 942	13 352	15 826	2000
16 597	16 565	15 622	14 211	13 490	16 373	13 866	16 369	2001
16 745	16 841	15 792	14 511	13 694	16 572	14 062	16 528	2002
17 117	17 314	16 200	14 869	13 971	17 016	14 358	16 900	2003
17 482	17 643	16 574	15 188	14 211	17 266	14 640	17 200	2004
17 738	18 134	16 948	15 230	14 413	17 817	14 791	17 561	2005
17 976	18 665	17 109	15 625	14 754	18 023	15 242	17 975	2006
18 165	19 027	17 386	15 891	14 944	18 376	15 537	18 263	2007
18 807	19 358	17 484	16 225	15 516	18 895	15 910	18 768	2008
18 856	19 458	17 387	16 418	15 829	19 020	16 090	18 725	2009
19 433	20 074	18 143	16 842	16 263	19 520	16 501	19 312	2010
20 056	20 712	18 762	17 227	16 661	19 931	16 944	19 933	2011

## 11. Private Konsumausgaben – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
<b>Private Konsumausgaben in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)</b>									
1991	123 759	141 669	39 693	18 148	8 152	21 561	68 911	12 110	83 154
1992	131 879	151 598	41 620	21 644	8 560	22 922	73 292	14 320	89 346
1993	134 631	156 708	43 353	24 120	8 663	23 472	75 922	16 160	92 428
1994	139 192	163 787	44 585	25 953	8 732	24 218	78 737	17 344	96 478
1995	142 463	168 347	46 436	27 471	8 774	24 337	80 799	18 602	99 600
1996	145 571	171 541	45 846	28 804	9 012	24 945	82 574	19 083	101 298
1997	149 686	175 656	45 322	29 635	9 371	25 575	84 071	19 567	103 386
1998	152 996	180 803	44 748	30 316	9 568	25 948	86 054	19 801	104 827
1999	157 698	185 673	45 840	31 685	9 766	26 437	88 126	20 663	107 984
2000	162 564	190 797	46 430	32 906	10 014	26 826	90 339	21 402	111 309
2001	169 152	198 440	47 253	33 856	10 379	28 160	93 974	21 996	114 806
2002	170 457	200 547	47 129	34 146	10 152	27 983	94 626	22 102	114 576
2003	174 618	205 062	47 715	34 706	10 086	28 510	96 385	22 387	116 760
2004	177 301	208 925	47 871	35 050	10 121	29 705	97 508	22 738	117 624
2005	182 164	213 619	48 827	35 410	10 776	31 091	98 391	23 024	120 792
2006	188 774	219 826	50 158	36 029	11 038	32 283	101 305	23 411	124 282
2007	191 030	225 280	50 689	36 383	11 108	32 541	102 520	23 445	125 756
2008	195 363	231 734	51 925	37 024	11 901	32 524	105 004	23 843	129 353
2009	194 075	229 285	52 009	37 701	11 900	32 364	104 636	24 097	130 223
2010	200 338	238 783	53 230	38 392	12 069	33 481	107 949	24 402	134 049
2011	209 619	249 675	55 046	39 460	12 619	34 876	112 135	24 895	138 892

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2012.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

**Private Konsumausgaben in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)**

210 470	43 630	11 112	32 387	18 646	31 635	17 513	882 550	1991
222 345	46 571	11 985	38 271	21 770	33 502	20 163	949 790	1992
229 192	48 208	12 433	42 469	24 445	34 533	22 372	989 110	1993
238 074	50 564	12 965	45 814	26 509	35 821	23 976	1 032 750	1994
243 849	52 028	13 200	49 462	28 598	36 776	25 727	1 066 470	1995
248 161	53 339	13 528	51 363	29 248	37 792	26 535	1 088 640	1996
252 983	54 245	13 680	52 219	29 800	38 523	27 101	1 110 820	1997
256 413	55 405	13 829	52 641	30 080	38 904	27 806	1 130 140	1998
261 598	57 083	14 343	54 743	31 205	39 794	29 221	1 161 860	1999
268 745	59 251	14 952	56 665	32 054	40 575	30 210	1 195 040	2000
274 866	61 243	15 549	58 197	32 607	41 854	31 096	1 233 430	2001
276 130	62 122	15 594	58 844	32 639	42 310	31 223	1 240 580	2002
281 277	63 459	15 918	59 675	32 797	43 474	31 682	1 264 510	2003
286 853	64 583	16 178	60 237	32 910	44 134	31 872	1 283 610	2004
289 810	66 401	16 398	59 990	32 899	45 536	31 852	1 306 980	2005
294 409	68 265	16 524	61 175	33 377	46 139	32 546	1 339 540	2006
296 808	69 426	16 690	61 778	33 348	47 177	32 750	1 356 730	2007
306 203	70 270	16 603	62 411	34 121	48 334	33 006	1 389 620	2008
308 014	70 801	16 458	63 230	34 538	48 873	33 346	1 391 550	2009
316 866	72 640	17 059	64 550	35 144	50 267	33 938	1 433 160	2010
328 992	75 171	17 650	66 319	35 903	51 613	34 794	1 487 660	2011

## 12. Private Konsumausgaben – in jeweiligen Preisen – je Einwohner seit 1991

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
<b>Private Konsumausgaben je Einwohner in EUR (in jeweiligen Preisen)</b>									
1991	12 502	12 291	11 543	7 083	11 944	12 983	11 890	6 348	11 197
1992	13 091	12 983	12 048	8 509	12 506	13 667	12 468	7 645	11 876
1993	13 204	13 260	12 492	9 474	12 663	13 811	12 760	8 725	12 135
1994	13 580	13 775	12 822	10 236	12 804	14 208	13 184	9 442	12 565
1995	13 838	14 083	13 378	10 820	12 905	14 255	13 481	10 175	12 858
1996	14 071	14 276	13 225	11 307	13 276	14 602	13 721	10 483	12 994
1997	14 411	14 570	13 156	11 561	13 861	14 979	13 939	10 789	13 203
1998	14 700	14 980	13 106	11 743	14 261	15 247	14 266	10 981	13 349
1999	15 093	15 323	13 509	12 216	14 668	15 529	14 583	11 517	13 706
2000	15 493	15 655	13 720	12 654	15 139	15 685	14 912	12 003	14 070
2001	16 017	16 159	13 959	13 039	15 719	16 363	15 474	12 443	14 460
2002	16 034	16 228	13 901	13 202	15 379	16 199	15 551	12 615	14 377
2003	16 352	16 540	14 069	13 472	15 220	16 454	15 825	12 882	14 619
2004	16 562	16 809	14 131	13 642	15 269	17 109	16 013	13 176	14 707
2005	16 980	17 151	14 396	13 819	16 249	17 874	16 145	13 442	15 099
2006	17 580	17 616	14 753	14 114	16 616	18 463	16 664	13 769	15 557
2007	17 776	18 016	14 875	14 315	16 746	18 471	16 883	13 900	15 760
2008	18 171	18 508	15 162	14 638	17 977	18 359	17 299	14 257	16 248
2009	18 059	18 337	15 143	14 983	18 005	18 201	17 260	14 544	16 404
2010	18 639	19 068	15 442	15 311	18 275	18 809	17 801	14 822	16 914
2011	19 465	19 873	15 820	15 791	19 113	19 459	18 451	15 200	17 541

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2012.

## nach Bundesländern

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
<b>Private Konsumausgaben je Einwohner in EUR (in jeweiligen Preisen)</b>								
12 080	11 516	10 340	6 859	6 545	12 002	6 758	11 034	1991
12 640	12 089	11 101	8 206	7 750	12 584	7 901	11 785	1992
12 933	12 349	11 463	9 185	8 767	12 853	8 816	12 184	1993
13 388	12 839	11 964	9 968	9 574	13 264	9 497	12 684	1994
13 664	13 127	12 181	10 810	10 398	13 535	10 247	13 060	1995
13 853	13 382	12 486	11 273	10 707	13 831	10 629	13 293	1996
14 084	13 527	12 636	11 512	10 979	14 008	10 908	13 538	1997
14 268	13 783	12 840	11 682	11 184	14 090	11 257	13 777	1998
14 546	14 170	13 373	12 233	11 719	14 363	11 900	14 154	1999
14 930	14 701	13 978	12 755	12 174	14 583	12 380	14 540	2000
15 247	15 155	14 570	13 212	12 549	14 970	12 844	14 980	2001
15 287	15 333	14 637	13 478	12 726	15 056	13 000	15 041	2002
15 562	15 643	14 974	13 768	12 935	15 423	13 298	15 324	2003
15 872	15 912	15 279	13 983	13 113	15 617	13 480	15 559	2004
16 045	16 358	15 572	14 004	13 253	16 090	13 582	15 849	2005
16 319	16 837	15 785	14 355	13 591	16 288	14 011	16 263	2006
16 478	17 145	16 049	14 590	13 737	16 639	14 238	16 493	2007
17 042	17 401	16 063	14 841	14 232	17 044	14 489	16 922	2008
17 211	17 616	16 041	15 133	14 586	17 261	14 771	16 996	2009
17 748	18 126	16 725	15 533	14 988	17 749	15 141	17 529	2010
18 441	18 791	17 389	16 017	15 453	18 202	15 621	18 191	2011

### 13. Sparen\*) der privaten Haushalte seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
<b>Sparen*) der privaten Haushalte in Mill. EUR</b>									
1991	20 495	23 519	5 643	1 515	1 110	3 339	11 382	932	12 597
1992	21 337	24 693	5 959	2 231	1 132	3 435	11 878	1 393	13 240
1993	20 094	23 951	6 085	2 814	1 091	3 305	11 421	1 773	12 672
1994	19 367	23 519	5 854	3 024	1 038	3 142	11 167	1 958	12 404
1995	18 981	23 220	5 746	3 110	954	3 102	11 285	2 080	12 120
1996	18 814	22 992	5 344	3 229	849	2 831	10 888	2 059	12 062
1997	18 531	22 768	5 079	3 214	772	2 815	10 536	1 950	11 456
1998	18 853	22 938	4 968	3 468	879	2 822	10 593	2 064	11 281
1999	18 412	21 957	4 596	3 288	799	2 677	10 151	1 986	10 785
2000	18 898	22 560	4 254	3 001	790	2 832	10 456	1 689	10 661
2001	20 266	23 761	4 244	3 105	845	3 098	11 239	1 712	11 263
2002	21 973	25 548	4 457	3 151	832	3 294	11 980	1 800	12 001
2003	23 184	27 189	4 639	3 215	971	3 411	12 514	1 886	12 918
2004	23 748	27 679	4 958	3 602	923	3 457	12 711	2 090	13 329
2005	24 943	28 788	5 098	3 762	926	3 543	13 013	2 092	13 398
2006	25 864	29 807	5 394	3 898	960	3 821	13 768	2 146	13 628
2007	27 101	31 537	5 500	4 035	1 010	3 941	14 246	2 131	14 005
2008	28 928	33 834	5 834	4 499	1 130	4 286	14 851	2 297	14 884
2009	27 266	31 526	5 335	4 380	1 073	4 087	14 207	2 224	14 329
2010	27 965	32 873	5 383	4 511	1 157	4 262	14 489	2 203	14 707
2011	28 268	32 965	5 280	4 321	1 076	4 059	14 658	2 055	14 587

\*) Das Sparen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) berechnet sich aus dem nicht konsumierten Teil des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2012.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

## Sparen\*) der privaten Haushalte in Mill. EUR

32 663	6 896	1 528	2 498	1 425	4 952	1 374	131 870	1991
33 101	7 234	1 567	3 592	2 077	5 160	1 900	139 930	1992
32 084	6 700	1 450	4 592	2 639	4 881	2 448	138 000	1993
30 784	6 513	1 400	4 998	2 871	4 833	2 558	135 430	1994
30 338	6 426	1 387	5 410	3 005	4 742	2 673	134 580	1995
29 045	6 301	1 244	5 277	3 034	4 607	2 664	131 240	1996
28 379	6 266	1 174	5 045	2 839	4 426	2 610	127 860	1997
28 220	6 343	1 290	5 500	3 103	4 445	2 944	129 710	1998
26 664	6 070	1 240	5 256	2 959	4 332	2 860	124 030	1999
27 094	6 272	1 243	4 450	2 480	4 497	2 485	123 660	2000
28 403	6 613	1 365	4 578	2 551	4 556	2 570	130 170	2001
30 506	7 048	1 476	4 687	2 588	4 909	2 650	138 900	2002
32 537	7 772	1 564	4 963	2 738	5 179	2 631	147 310	2003
33 147	7 937	1 609	5 499	2 935	5 293	2 911	151 830	2004
34 468	8 082	1 674	5 546	3 050	5 494	2 996	156 870	2005
35 177	8 597	1 692	5 821	3 092	5 742	3 082	162 490	2006
35 873	8 859	1 708	5 940	3 175	5 790	3 221	168 070	2007
38 723	9 478	1 873	6 369	3 392	6 355	3 536	180 270	2008
36 404	8 968	1 780	5 915	3 252	6 083	3 271	170 100	2009
37 156	9 393	1 850	6 000	3 304	6 138	3 349	174 740	2010
36 142	9 327	1 810	5 583	3 129	6 067	3 253	172 580	2011

## 14. Sparquote\*) der privaten Haushalte seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
<b>Sparquote*) der privaten Haushalte in %</b>									
1991	14,2	14,2	12,4	7,7	12,0	13,4	14,2	7,1	13,2
1992	13,9	14,0	12,5	9,3	11,7	13,0	13,9	8,9	12,9
1993	13,0	13,3	12,3	10,4	11,2	12,3	13,1	9,9	12,1
1994	12,2	12,6	11,6	10,4	10,6	11,5	12,4	10,1	11,4
1995	11,8	12,1	11,0	10,2	9,8	11,3	12,3	10,1	10,8
1996	11,4	11,8	10,4	10,1	8,6	10,2	11,6	9,7	10,6
1997	11,0	11,5	10,1	9,8	7,6	9,9	11,1	9,1	10,0
1998	11,0	11,3	10,0	10,3	8,4	9,8	11,0	9,4	9,7
1999	10,5	10,6	9,1	9,4	7,6	9,2	10,3	8,8	9,1
2000	10,4	10,6	8,4	8,4	7,3	9,5	10,4	7,3	8,7
2001	10,7	10,7	8,2	8,4	7,5	9,9	10,7	7,2	8,9
2002	11,4	11,3	8,6	8,4	7,6	10,5	11,2	7,5	9,5
2003	11,7	11,7	8,9	8,5	8,8	10,7	11,5	7,8	10,0
2004	11,8	11,7	9,4	9,3	8,4	10,4	11,5	8,4	10,2
2005	12,0	11,9	9,5	9,6	7,9	10,2	11,7	8,3	10,0
2006	12,1	11,9	9,7	9,8	8,0	10,6	12,0	8,4	9,9
2007	12,4	12,3	9,8	10,0	8,3	10,8	12,2	8,3	10,0
2008	12,9	12,7	10,1	10,8	8,7	11,6	12,4	8,8	10,3
2009	12,3	12,1	9,3	10,4	8,3	11,2	12,0	8,4	9,9
2010	12,2	12,1	9,2	10,5	8,7	11,3	11,8	8,3	9,9
2011	11,9	11,7	8,8	9,9	7,9	10,4	11,6	7,6	9,5

\*) Die Relation aus dem Sparen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) und dem Verfügbaren Einkommen (letzteres erhöht um die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche) wird als Sparquote der privaten Haushalte bezeichnet.

**Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2012.**

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

## Sparquote\*) der privaten Haushalte in %

13,4	13,6	12,1	7,2	7,1	13,5	7,3	13,0	1991
13,0	13,4	11,6	8,6	8,7	13,3	8,6	12,8	1992
12,3	12,2	10,4	9,8	9,7	12,4	9,9	12,2	1993
11,4	11,4	9,7	9,8	9,8	11,9	9,6	11,6	1994
11,1	11,0	9,5	9,9	9,5	11,4	9,4	11,2	1995
10,5	10,6	8,4	9,3	9,4	10,9	9,1	10,8	1996
10,1	10,4	7,9	8,8	8,7	10,3	8,8	10,3	1997
9,9	10,3	8,5	9,5	9,4	10,3	9,6	10,3	1998
9,2	9,6	8,0	8,8	8,7	9,8	8,9	9,6	1999
9,2	9,6	7,7	7,3	7,2	10,0	7,6	9,4	2000
9,4	9,7	8,1	7,3	7,3	9,8	7,6	9,5	2001
9,9	10,2	8,6	7,4	7,3	10,4	7,8	10,1	2002
10,4	10,9	8,9	7,7	7,7	10,6	7,7	10,4	2003
10,4	10,9	9,0	8,4	8,2	10,7	8,4	10,6	2004
10,6	10,9	9,3	8,5	8,5	10,8	8,6	10,7	2005
10,7	11,2	9,3	8,7	8,5	11,1	8,7	10,8	2006
10,8	11,3	9,3	8,8	8,7	10,9	9,0	11,0	2007
11,2	11,9	10,1	9,3	9,0	11,6	9,7	11,5	2008
10,6	11,2	9,8	8,6	8,6	11,1	8,9	10,9	2009
10,5	11,5	9,8	8,5	8,6	10,9	9,0	10,9	2010
9,9	11,0	9,3	7,8	8,0	10,5	8,6	10,4	2011



